



## Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** begrüsst die Anwesenden und insbesondere die geschätzten Gäste und Pressevertreter zur 3. Sitzung dieses Jahres.

Er gratuliere den Stadratsmitgliedern, die ehrenvoll in den Grossen Rat gewählt worden seien: Dem Stadtpräsidenten Thomas Rufener, der die Stadt jetzt neu auch in Bern vertreten werde und ebenso den beiden wiedergewählten Grossratsmitgliedern Nadine Masshardt und Daniel Steiner.

Im Namen des Stadtrates bedanke er sich bei allen Künstlerinnen und Künstlern, bei allen Frauen und Männern, die es möglich gemacht haben, dass die Langenthaler Kulturnacht am 23. April 2010 ein weiteres und somit bereits zum sechsten Mal habe stattfinden können. Er hoffe, dass der Bevölkerung dieser interessante und wertvolle Abend auch für die Zukunft erhalten bleibe. Diesen Wunsch verbunden mit einem Dankeschön, richte er an den Gemeinderat und insbesondere an Gemeinderätin Paula Schaub, Ressortvorsteherin Kultur und Sport.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **39** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **1** Mitglied des Stadtrats ist entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 1. Projekt "Aufbau und Betrieb eines bedarfsgerechten Tagesschulangebots der Stadt Langenthal"; Projektgenehmigung und Ausgabenbewilligung

**Teilrevision des Reglementes vom 22. November 2004 über das Schulwesen der Stadt Langenthal, in Kraft seit 1. Januar 2005, sowie Teilrevision des Reglementes vom 13. Dezember 1999 über die Kindertagesbetreuung der Stadt Langenthal, in Kraft seit 1. Januar 2000; Genehmigung**

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini:** Mit der *Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend "Schaffung einer Tagesschule in Langenthal"* (erheblich erklärt am 2. April 2007) habe der Stadtrat den Auftrag erteilt, für Langenthal ein Tagesschulangebot einzuführen.

Im Juni 2007 habe sich der Fachbereich Bildung mit diesem Thema auseinandergesetzt und sich ein Bild über das bestehende Tagesschulangebot auf dem Platz Langenthal verschafft, um auszuloten, wie so eine Struktur aufgebaut werden könnte. In die gleiche Richtung ziele auch die Revision des Volksschulgesetzes<sup>1</sup> vom 26. Januar 2008, womit der Kanton Massnahmen für eine familienfreundliche Volksschule beschlossen habe. Ab diesem Zeitpunkt sei klar gewesen, welche Angebote angeboten werden müssen, und dass - wenn sich mehr als 10 Kinder für ein Modul anmelden - das Angebot vorhanden sein müsse. Auch sei die Auflage an die Gemeinden zur Kenntnis genommen worden, keine Wartelisten führen zu dürfen.

Um ausloten zu können, welches Angebot auf die Beine gestellt werden soll, seien die Eltern der Kindergarten- und Schulkinder brieflich über die Erweiterung des Tagesschulangebots informiert worden. Diese hätten mittels eines Fragebogens ihre Wünsche anmelden können. Von 1'661 ausgeteilten Fragebögen seien 1'078 mit einem eindeutigen Resultat retour gekommen. Auch wenn erfahrungsgemäss nur 40% der provisorisch angemeldeten Schülerinnen und Schüler das Angebot nützen sollten, müssen in Langenthal alle Module angeboten werden.

Der Fachbereich Bildung habe zusammen mit der Volksschulkommission verschiedene Möglichkeiten geprüft, wie das geforderte Angebot aufgebaut werden könnte. Dabei habe sich rasch einmal gezeigt, dass die personellen Ressourcen des Fachbereichs Bildung - mit einem Beschäftigungsgrad der Fachbereichsleitung von 50% - nicht ausreiche, um ein so grosses Projekt seriös realisieren zu können. Daraufhin seien verschiedene Umsetzungsvarianten und Offerten für eine externe Projektbegleitung eingeholt worden. Aber auch dieses Projekt sei mangels Ressourcen der Volksschulkommissionsmitglieder als auch des Fachbereichs Bildung gescheitert. Demgegenüber habe sich die Verbindung mit dem Verein leolea als externe Projektleitung als ausserordentlicher Glücksfall herausgestellt.

Der Mitbegründer des Vereins leolea, Herr Dr. Marcel Brühlhart, habe die Ideen und Zielsetzungen des Vereins leolea (*lebensorte und lebensart für kinder*)<sup>2</sup> der eingesetzten Arbeitsgruppe vorgestellt. Die eingeholten Referenzen bei Städten, die mit dem Verein leolea bereits seit dem Jahr 2005 zusammenarbeiten, habe die Arbeitsgruppe von der Tätigkeit des Vereins überzeugt.

<sup>1</sup> Volksschulgesetz (VSG); BSG 432.210

<sup>2</sup> [http://www.leolea.ch/contentDE/news/aktuelles/2010\\_04\\_01\\_40338769\\_meldung.php](http://www.leolea.ch/contentDE/news/aktuelles/2010_04_01_40338769_meldung.php)



## Projekt Tagesschulangebote Langenthal

1. Kurzporträt leolea
2. Dienstleistungen
3. Backoffice
4. Kinderorte leolea 2010

Die Präsentation liefere einen Überblick über die Leistungen und das Angebot des Vereins leolea

## 1. Kurzporträt leolea

- Rechtsform: Verein
- 2004 gegründet
- Stand Mai 2010: 11 Kinderorte für Vorschul- und Schulkinder, Tageseltern Bern
- 340 Betreuungsplätze
- Rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 100 Tagesmütter (150'000 Betreuungsstunden)
- Leitbild: Fachkompetenz, Menschlichkeit, Wirtschaftlichkeit und soziales Engagement
- Pädagogische Ausrichtung: Eigenentwicklung und soziale Kompetenz

Der Verein sei im Jahr 2004 gegründet worden und seit dem Jahr 2005 tätig.

Die Gründerinnen und Gründer hätten sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur Professionalisierung von Dienstleistungen im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung zu leisten.

## 2. Dienstleistungen

- Tagesstätten für Vorschul- und Schulkinder
- Tagesschulen
- Tageseltern
- Spielgruppen
- Ferienbetreuung
- Babysitter- und Nannyangebote
- Beratung und Projektbegleitung für Gemeinwesen und Unternehmen

Segmente des Dienstleistungsangebots



## leolea

Lebensorte und Lebensart für Kinder

### 3. Backoffice

- Anmeldungen, Abmeldungen, Mutationen, Einkommensnachweise, Rechnungsstellung
- Disposition (Elternservice und Platzbewirtschaftung)
- Personalwesen (Personaleinsatz, Rekrutierung, Sozialversicherungen, Weiterbildung)
- Finanzplanung, Rechnungswesen
- Informatik
- Controlling, Reporting (Qualität, Finanzen, Statistik)
- Aufbereiten Informationen und Dokumente für städtische und kantonale Behörden sowie Bundesbehörden
- Elternservice (Fragen, Informationen, Beanstandungen)
- Öffnungszeiten: 08.00h – 12.00h / 13.00h – 18.00h
- Datenschutz

leolea | Gasstrasse 4 | 3005 Bern | Telefon 031 311 77 34 | info@leolea.ch | www.leolea.ch

Dank einem professionell aufgebauten Backoffice seien für Eltern oder für Betreuerinnen und Betreuer über eine lange Präsenzzeit jeden Tag kompetente Ansprechpartner erreichbar.

## leolea

Lebensorte und Lebensart für Kinder

### 4. Kinderorte leolea 2010

- Stadt Bern: 7 Kindertagesstätten, Tagesstätte für Schulkinder, Tageseltern, Spielgruppen
- Stadt Burgdorf: Kindertagesstätte
- Stadt Luzern: Kindertagesstätte
- Gemeinde Steffisburg: Tagesschule, Kindertagesstätte
- Gemeinde Rütli-Alchenflüh: Tagesschule, Kindertagesstätte
- Gemeinde Hindelbank: Tagesschule, Kindertagesstätte
- Gemeinde Wattenwyl: Tagesschule, Tageseltern
- Gemeinde Worblaufen: Kindertagesstätte (Hauptsitz Swisscom)

leolea | Gasstrasse 4 | 3005 Bern | Telefon 031 311 77 34 | info@leolea.ch | www.leolea.ch

Die Referenzliste könne mit Langenthal ergänzt werden, wenn dem Projekt am heutigen Abend vom Stadtrat Langenthal zugestimmt werde.

Wie gross das Projekt in Langenthal sein werde, zeige sich erst, wenn die definitiven Anmeldezettel, die zusammen mit den noch in Arbeit befindlichen neuen Stundenplänen für das Schuljahr 2010/2011 an die Eltern verteilt werden können, was voraussichtlich Anfang Juni 2010 der Fall sein werde.

Dass es unrealistisch wäre, zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts zu unternehmen aber am ersten Schultag nach den Sommerferien parat sein zu wollen, dürfte allen klar sein. Dementsprechend habe der Verein leolea in personeller Hinsicht aber auch infrastrukturell bereits grosse Arbeit geleistet.

Zusammen mit dem Verein leolea seien die Möglichkeiten der Angebote an den Standorten geprüft worden. Im Wissen, dass die Räumlichkeiten der Heilpädagogischen Tagesschule an der Ringstrasse im Sommer leer sein werden, weil die Schülerinnen und Schüler das neue Gebäude an der Kniematte beziehen können, sei vorgesehen, dort das Tagesschulangebot neben den bereits bestehenden Standorten (Hard, Klus und Elzmatte) anzubieten.

Die Finanzierung des Angebots sei im Bericht und Antrag des Fachbereichs Bildung vom 18. März 2010 detailliert dargestellt. Zulasten der Stadt gehen die Infrastrukturkosten für die Ringstrasse 24 von Fr. 50'000.00 und für das Hard und die Klus (zusammen) von Fr. 55'000.00. Auch der Transport der Kinder vom Schulort zum Tagesschulangebotsort, der nur gebraucht werde, wenn es im Hard, in der Elzmatte oder in der Klus mehr Anmeldungen gebe, als Plätze vorhanden seien, sei mit einem Kostendach erfasst. Damit sei im ersten Jahr mit Nettokosten von Fr. 156'000.00 zu rechnen. In diesen Kosten seien auch einmalige Lohnkosten für 2 Monate für die Leitung des Tagesschulangebots vor Ort eingeschlossen, welche ab nächstem Jahr vom Verein leolea getragen würden.



Die definitive Abrechnung der tatsächlich erbrachten Leistungen und eingegangener Elternbeiträge würden immer per Ende Schuljahr erfolgen. Der Verein leolea liefere der Stadt die notwendigen Angaben bis spätestens am 31. August des jeweiligen Jahres.

Die Zustimmung des Stadtrates zur Vorlage erfordere die Revision von Artikeln im "Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal" sowie im "Reglement über die Kindertagesbetreuung in der Stadt Langenthal" gemäss dem als Beilage 2 bezeichneten Änderungserlass (= Beilage 2 zum Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat für die Sitzung vom 10. Mai 2010, Traktandum Nr. 2). Diese Anpassungen seien ebenfalls zu genehmigen und per 1. August 2010 vorzunehmen.

Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat dem Aufbau und dem Betrieb des Tagesschulangebots gemäss den kantonalen Vorgaben und gemäss dem Umsetzungskonzept (= Beilage 1 zum Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat für die Sitzung vom 10. Mai 2010, Traktandum Nr. 2) zuzustimmen.

Der Gemeinderat sei davon überzeugt, mit diesen Tagesschulstrukturen und in Zusammenarbeit mit dem Verein leolea ein hervorragendes Angebot zu präsentieren, welches zur Förderung der Selbstständigkeit von Kindern beitrage und auch deren Entwicklung positiv dienlich sei.

An dieser Stelle danke sie dem Fachbereichsleiter Bildung, Herrn Thomas von Burg, welcher die Stadtverwaltung per Ende April 2010 verlassen habe, sowie dessen Nachfolgerin, Frau Dr. Brigitte Müller, und auch den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, den Mitgliedern der Volksschulkommission und den Schulleitenden ganz herzlich für ihren Einsatz und die konstruktive Mitarbeit bei der Erarbeitung der Vorlage.

**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:** Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der sehr umfassenden Vorlage und empfehle deren Annahme.

Die Haltung der vorberatenden Behörden und der Projektgruppe habe die Geschäftsprüfungskommission vom Projekt und den damit verbundenen Reglementsanpassungen überzeugt. Der von Frau Dr. Brigitte Müller und Herrn Thomas von Burg verfasste Bericht sei sehr ausführlich, aber angesichts der Sache in diesem Umfang und in diesem Rahmen auch notwendig.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke sie allen am Projekt Beteiligten. Der Entscheid, die Planung und die Ausführung einer externen Einrichtung zu übergeben, die darin sehr viel Erfahrung habe, werde von der Geschäftsprüfungskommission als vernünftig erachtet, da die eigenen städtischen Ressourcen dafür wahrscheinlich nicht hätten aufgebracht werden können.

Die übergeordnete Gesetzgebung lasse leider betreffend den Tagesschulbetrieb wenig bis gar keinen Handlungsspielraum zu. Sollte es aber dennoch Handlungsspielraum geben, seien die Verantwortlichen gebeten, diesen wahrzunehmen und wenn nötig lenkend einzugreifen.

**Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion:** Dass in Langenthal weit mehr als 10 Familien Interesse an Tagesschulangeboten haben werden, sei absehbar gewesen. Das bedeute nun, dass ab Sommer 2010 in Langenthal die vom Kanton vorgeschriebenen schulergänzenden Betreuungsmodule angeboten werden müssen, womit sich eine Grundsatzdiskussion darüber zu führen - ob man das wolle oder nicht - erübrige.

Die SP/GL-Fraktion begrüsse die familienergänzenden Betreuungsangebote selbstverständlich und finde, dass sich Langenthal damit auf dem richtigen Weg befinde.

Der Entscheid, die Aufgabe extern in Auftrag zu geben, sei aus Sicht der SP/GL-Fraktion richtig. Als Kindergartenleiterin sei sie dabei gewesen, als sich der Verein leolea vorgestellt habe. Der Verein habe einen seriösen Eindruck hinterlassen und das habe sich in der Zusammenarbeit bis anhin bestätigt.

Die SP/GL-Fraktion erachte auch die Ergänzung des bereits bestehenden Raumangebots in den Schulzentren Hard und Elzmatte mit der Liegenschaft an der Ringstrasse, die zur Zeit noch von der Heilpädagogischen Tagesschule belegt sei, als sinnvoll. Als unproblematisch werde auch der Schulbustransport der Schülerinnen und Schüler vom Schulort zum Mittagstisch und zurück erachtet. Im Kindergarten seien bereits vor Jahren und für die Dauer eines Jahres, mit einem solchen Schulbustransport gute Erfahrungen gemacht worden.



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

Die SP/GL-Fraktion unterstütze zudem, dass das Personale mindestens zu 50% eine pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung vorweisen müsse, damit sich Eltern, die vom Tagesschulangebot Gebrauch machen wollen, auf eine gute Betreuung verlassen können.

Das Tagesschulangebot sei in der heutigen Zeit richtig. Die SP/GL-Fraktion unterstütze den vom Gemeinderat eingeschlagenen Weg und werde der Vorlage zustimmen.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Durch die Revision des Volksschulgesetzes (VSG) sei die Stadt Langenthal verpflichtet worden, in der Volksschule ab Sommer 2010 ein Tagesschulangebot anzubieten. Ein umsetzungsfähiges Konzept liege vor, wofür die EVP/glp-Fraktion allen daran Beteiligten danke. Das vorliegende Tagesschulkonzept sei auf die Bedürfnisse der Stadt Langenthal ausgerichtet, entsprechend umsetzbar und an geeigneten Standorten.

Die EVP/glp-Fraktion stelle jedoch das kurzfristige Zeitmanagement in Frage. Nach Ansicht der Fraktion sei die Elternumfrage im Sommer 2009 zu spät durchgeführt worden. Die Fraktion hätte es als notwendig erachtet, die Tagesschulplanung früher anzugehen, damit für alle Beteiligten, inklusive der Stadtratsmitglieder, mehr Handlungsspielraum vorhanden gewesen wäre. Jetzt sei es "5 vor 12", so dass - wenn Langenthal ab Sommer 2010 eine funktionstüchtige Tagesschule anbieten wolle - dem Stadtrat heute Abend nichts anderes übrig bleibe, als der Vorlage unverändert zuzustimmen.

Die EVP/glp-Fraktion wünsche, dass zukünftige Projekte langfristiger bearbeitet werden, unterstütze und befürworte den Entscheid, den Aufbau der Tageskinderstätte an die externe Trägerschaft (dem Verein leolea) zu übergeben, aber grundsätzlich. Der Verein bringe viele Erfahrungen mit und scheine seriöse Arbeit zu leisten und da der Vereinspräsident sogar als ehemaliger EM-Bern-OK-Präsident gewirkt habe, sei der Entscheid sicher ein Volltreffer ....

Die Stadt Langenthal setze viel Vertrauen in diese Trägerschaft, indem sie dem Verein in zweijähriges, zinsloses Darlehen anbiete. Dazu sei ein umsichtiges Controlling notwendig.

Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Tagesschul-Umsetzungskonzept sowie der jährlichen Ausgabenfinanzierung zu.

**Florinda Walkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion stimme dem Aufbau und dem Betrieb des Tagesschulangebots, den diversen Anträgen betreffend die Finanzierung und der Revision der Reglemente zu. Damit wäre Langenthal auch in der Lage, die kantonalen Vorgaben gemäss dem revidierten Volksschulgesetz (VSG) umzusetzen.

Auch die FDP/jll-Fraktion erlaube sich ein paar kritische Bemerkungen zur zeitlichen Abfolge dieses Geschäfts: Nachdem der Regierungsrat des Kantons Bern die Tagesschulverordnung (TSV; BSG 432.211.2) im Mai 2008 verabschiedet habe, sei über ein Jahr Zeit verstrichen, bis die Elternbefragung (August 2009) stattgefunden habe. Ab Herbst 2009 seien Offerten für eine externe Projektbegleitung eingeholt worden und im Februar 2010 sei der Verein leolea mit der Projektleitung beauftragt worden. Heute und somit nur noch knapp drei Monate vor dem Start der Betriebsaufnahme, gelte es die dafür notwendigen Grundlagen zu beschliessen. Positiv formuliert, könnte man sagen, dass im letzten halben Jahr sehr effektiv gearbeitet worden sei....

Grundsätzlich begrüssenswert sei sicher, dass das Konzept für den Betrieb der Tagesschule in Langenthal nicht neu erfunden werden müsse, da mit der Privatträgerschaft leolea ein erfahrener und kompetenter Partner habe engagiert werden können. Trotzdem bleibe das Gefühl zurück, dass für die Prüfung von Alternativen kaum Zeit habe aufgewendet werden können. Es wäre die Aufgabe der Stadt gewesen, den Engpass im Fachbereich Bildung rechtzeitig zu erkennen und allenfalls darauf zu reagieren.

Die Tagesschule könne nach den Sommerferien unter diesen Umständen sowieso nur starten, weil auf bisher Bewährtes und bereits Bestehendes zurückgegriffen werden könne, was zum Glück in fast allen Schulkreisen der Fall sei. In der Elzmatte beispielsweise gebe es auch nach den Sommerferien noch einen Mittagstisch - allerdings nach wie vor nur in Form eines Provisoriums in der Zivilschutzanlage der Schulanlage.



Der Privatverein "Mittagstisch" kurz "Mitti" genannt, habe sein Angebot vor zwei Jahren kurzfristig und wie bereits erwähnt, provisorisch ins Leben gerufen, damit wichtige Bedarfslücken im Betreuungsangebot der Langenthaler Schulen haben geschlossen werden können. Zweimal pro Woche werde dort 20 bis 25 Kindern ein Mittagessen sowie deren Betreuung bis zum Schulbeginn am Nachmittag angeboten. Die Organisatorinnen seien damals davon ausgegangen, dass die Stadt in zwei Jahren genug Zeit haben werde, um eine geeignete Lösung und damit eine adäquate Unterbringungsmöglichkeit für die neue Tagesschule zu finden. In dieser Richtung sei bisher aber nichts unternommen worden. Etwas anders ausgedrückt, könnte man auch sagen, dass der Bedarf nach Tagesschulangeboten entweder durch die Art und Weise der Elternbefragung oder aber durch die Qualität der Räumlichkeiten gesteuert werden könne. Die Eltern würden letztlich für das Tagesschulangebot in Langenthal überall gleich viel bezahlen, ob die Räume nun kindgerecht gestaltet seien und sich in einem eigens dafür konzipierten Pavillon mit Tageslicht befinden, oder auch nicht. Massgebend sei nur das Einkommen der Eltern.

Tagesschulen seien sinnvoll. Eine kürzlich publizierte Studie des Schweizerischen Nationalfonds zeige, dass Kinder sowohl im sozialen als auch im schulischen Bereich stark davon profitieren. Nur sei dies leider aber eben nicht kostenlos. Persönlich sei sie der Meinung, dass angesichts der Kosten für Tagesschulen (jährlich rund Fr. 500'000.00), die Infrastruktur zumindest bedarfsgerecht (nicht luxuriös, aber adäquat) sein sollte. In dieser Hinsicht habe die Stadt Langenthal aber noch nicht alle Hausaufgaben gemacht ...

**Armin Flükiger, SVP-Fraktion:** Wenn eine verbindliche Nachfrage von 10 oder mehr Kindern je Modul bestehe, müsse die Gemeinde das Tagesschulangebot führen. Diese Regelung trete am 1. August 2010 in Kraft (Tagesschulverordnung TSV, BSG 432.211.2). Die SVP-Fraktion stimme dem Geschäft im Sinne des Beschlussesentwurfs zu.

Für die Umsetzung habe mit dem Verein leolea eine Organisation gefunden werden können, die die vom Kanton geforderten Bedürfnisse sicher und zeitgerecht per 1. August 2010 abdecke. Mit der Auslagerung eines solchen Geschäftes bestehe natürlich immer ein Risiko, da diese an die Organisation gebunden sei. Die mit dem Verein leolea gemachten (auch persönlichen) Erfahrungen, hätten jedoch gezeigt, dass Profis am Werk seien, die wissen um was es gehe, womit eine kooperative Zusammenarbeit sichergestellt sei.

Mit dem neuen zusätzlichen Standort (der alten Heilpädagogischen Tagesschule) habe neben den - wie vorhin bereits erwähnten - eher eingeschränkten Orten eine gute Lösung in Langenthal gefunden werden können. Bezüglich der Finanzierung sei allen klar, dass etwas Neues auch Kosten verursache, auch wenn die Eltern einen grossen Teil der Angebotskosten abdecken werden.

Die Organisation sei bereit, zu Beginn des neuen Schuljahres am 16. August 2010 mit dem Tagesschulangebot zu starten. Es wäre erfreulich, wenn sich gemäss der Studie des Schweizerischen Nationalfonds die regelmässige Nutzung der Angebote positiv auf die Sprache und die Sozialkompetenz auswirke.



### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**

1. **Dem Aufbau und dem Betrieb von Tagesschulangeboten gemäss den kantonalen Vorgaben und gemäss dem Umsetzungskonzept (Bericht und Antrag des Fachbereichs Bildung vom 18. März 2010) wird zugestimmt.**
2. **Die für den Betrieb anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten von aktuell brutto Fr. 470'000.00 werden zu Lasten der Laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:**
  - zu Lasten Konto 670.365.00 Betriebskostenbeitrag an Verein leolea (Vorfinanzierung Bundesbeitrag) Fr. 75'000.00
  - zu Lasten Konto 670.365.00 Betriebskostenbeitrag an Verein leolea (Vorfinanzierung Kantonsbeitrag) Fr. 255'000.00
  - zu Lasten Konto 670.316.20 Mieten, Pachten, Leasing Ringstr. 24 Fr. 50'000.00
  - zu Lasten Konto 670.316.20 Mieten, Pachten, Leasing Hard und Klus Fr. 55'000.00
  - zu Lasten Konto 670.318.50 Dienstleistungen Dritter Fr. 35'000.00Total wiederkehrend (Brutto) Fr. 470'000.00
3. **Der wiederkehrende Bundesbeitrag von aktuell Fr. 75'000.000 wird zu Gunsten der Laufenden Rechnung, Konto 670.460.00 "Anstossfinanzierung des Bundes" vereinnahmt.**
4. **Der wiederkehrende Kantonsbeitrag von aktuell Fr. 255'000.000 wird zu Gunsten der Laufenden Rechnung, Konto 670.451.00 "Vergütung des Lastenausgleichs an die Stadt" vereinnahmt.**
5. **Die in den Ziffern 2. bis 4. zu beschliessenden Kredite und Beiträge sind ab dem Jahr 2011 im Vorschlag einzustellen.**
6. **Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010 werden folgende Nachkredite bewilligt:**

Konto	Institutionelle Gliederung Laufende Rechnung	
■ 670.365.00	Betriebskostenbeitrag Verein leolea (einmalige Kosten für Aufbau und Betrieb: zwei Monatslöhne für Tagesschulleiterin)	Fr. 16'000.00

Konto	Institutionelle Gliederung Laufende Rechnung	5/12 Aufwand
-------	--	--------------

#### Hort Hard:

■ 670.301.30	Löhne an Reinigungspersonal	Fr. 1'875.00
■ 670.303.10	Sozialversicherungsbeiträge	Fr. 148.00
■ 670.305.10	Unfallversicherungsbeiträge	Fr. 19.00
■ 670.314.10	Baulicher Unterhalt	Fr. 208.00
■ 670.316.20	Mieten, Pachten, Leasing	Fr. 14'583.00
■ 670.318.10	Haftpflicht- und Sachversicherungsprämien	Fr. 42.00
■ 670.390.20	Verrechnete Raum- und Hausdienstkosten	Fr. 958.00

#### Hort Klus:

■ 670.314.10	Baulicher Unterhalt	Fr. 417.00
■ 670.316.20	Mieten, Pachten, Leasing	Fr. 2'917.00
■ 670.318.10	Haftpflicht- und Sachversicherungsprämien	Fr. 125.00
■ 670.390.20	Verrechnete Raum- und Hausdienstkosten	Fr. 1'542.00



**7. Die nachfolgenden im Voranschlag 2010 enthaltenen Kredite und Einnahmen der Kostenstellen 531 "Schülerhort Hard" und 523 "Schülerhort Klus" sind anteilmässig (5/12) mit den folgenden Beträgen zu sistieren:**

<b>Konto</b>	<b>Institutionelle Gliederung Laufende Rechnung</b>	<b>5/12 Aufwand/Ertrag</b>
<b>Hort Hard:</b>		
■ 531.301.20	Löhne an Hortpersonal	Fr. 45'833.00
■ 531.301.30	Löhne an Reinigungspersonal	Fr. 1'875.00
■ 531.303.10	Sozialversicherungsbeiträge	Fr. 3'888.00
■ 531.304.10	Pensionskassenbeiträge	Fr. 3'333.00
■ 531.305.10	Unfallversicherungsbeiträge	Fr. 477.00
■ 531.309.10	Personal- und Ausbildungskosten	Fr. 292.00
■ 531.310.10	Büromaterial, Drucksachen, Inserate	Fr. 125.00
■ 531.310.30	Lehrmittel und Verbrauchsmaterial	Fr. 875.00
■ 531.311.10	Mobiliar, Maschinen, Geräte	Fr. 625.00
■ 531.313.40	Lebensmittel und Getränke	Fr. 5'208.00
■ 531.314.10	Baulicher Unterhalt	Fr. 208.00
■ 531.316.20	Mieten, Pachten, Leasing	Fr. 14'583.00
■ 531.317.10	Spesenentschädigungen	Fr. 42.00
■ 531.318.10	Haftpflicht- und Sachversicherungsprämien	Fr. 42.00
■ 531.318.40	Porti und Frachten	Fr. 42.00
■ 531.318.45	Telefongebühren	Fr. 167.00
■ 531.390.20	Verrechnete Raum- und Hausdienstkosten	Fr. 958.00
■ 531.390.40	Verwaltungskostenanteil	Fr. 5'292.00
■ 531.434.00	Elternbeiträge	Fr. 12'500.00
■ 531.434.10	Abgegebene Mahlzeiten	Fr. 6'250.00
<b>Hort Klus:</b>		
■ 532.301.20	Löhne an Hortpersonal	Fr. 14'583.00
■ 532.303.10	Sozialversicherungsbeiträge	Fr. 1'189.00
■ 532.304.10	Pensionskassenbeiträge	Fr. 625.00
■ 532.305.10	Unfallversicherungsbeiträge	Fr. 146.00
■ 532.309.10	Personal- und Ausbildungskosten	Fr. 167.00
■ 532.310.10	Büromaterial, Drucksachen, Inserate	Fr. 83.00
■ 532.310.30	Lehrmittel und Verbrauchsmaterial	Fr. 417.00
■ 532.311.10	Mobiliar, Maschinen, Geräte	Fr. 417.00
■ 532.313.40	Lebensmittel und Getränke	Fr. 1'167.00
■ 532.314.10	Baulicher Unterhalt	Fr. 417.00
■ 532.316.20	Mieten, Pachten, Leasing	Fr. 2'917.00
■ 532.317.10	Spesenentschädigungen	Fr. 42.00
■ 532.318.10	Haftpflicht- und Sachversicherungsprämien	Fr. 125.00
■ 532.318.40	Porti und Frachten	Fr. 42.00
■ 532.318.45	Telefongebühren	Fr. 271.00
■ 532.390.10	Arbeitsleistungen anderer Dienstzweige	Fr. 833.00
■ 532.390.20	Verrechnete Raum- und Hausdienstkosten	Fr. 1'542.00
■ 532.390.40	Verwaltungskostenanteil	Fr. 3'333.00
■ 532.434.00	Elternbeiträge	Fr. 2'917.00
■ 532.434.10	Abgegebene Mahlzeiten	Fr. 1'583.00



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

- 8. Die Teilrevision des Reglementes vom 22. November 2004 über das Schulwesen der Stadt Langenthal sowie die Teilrevision des Reglementes vom 13. Dezember 1999 über die Kindertagesbetreuung in der Stadt Langenthal (gemäss Änderungserlass vom 12. März 2010) wird genehmigt.**
- 9. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt und insbesondere ermächtigt, einen dem vorliegenden Konzept entsprechenden Leistungsvertrag mit dem Verein leolea abzuschliessen.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



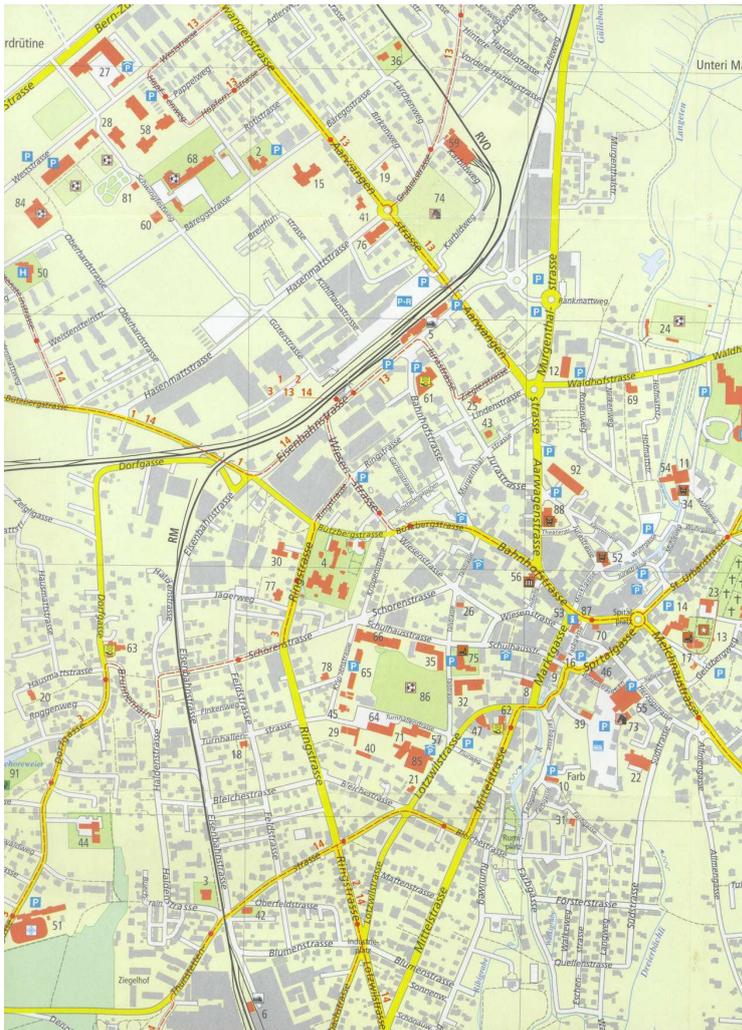
## 2. Kanalisation Bahnhofstrasse-Murgenthalstrasse, Abschnitt Tal-/Bützbergstrasse bis Aarwangenstrasse; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredites

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Christine Bobst:** Das generelle Kanalisationsprojekt (GKP) aus dem Jahr 1991 habe gezeigt, dass die bestehende Kanalisation in der Ringstrasse vom Gebiet der Bahnhofstrasse bis zum Kreisel Bützbergstrasse/Ringstrasse stark überlastet sei.



Im Rahmen der zur Zeit noch laufenden Erarbeitung des generellen Entwässerungsplanes (GEP), der das GKP aus dem Jahre 1991 ablösen werde, seien bereits hydraulische Berechnungen vorgenommen worden, die diese Überlastung bestätigen.

In der Geschäftsprüfungskommission sei die Frage gestellt worden, worum es sich bei "hydraulischen Berechnungen" handle. Die hydraulische Berechnung in Bezug auf die Kanalisation habe zum Ziel, die Kanalisationsleitung richtig zu dimensionieren (nicht zu gross und nicht zu klein)<sup>1</sup>.

Die überlastete Ringstrasse soll via Bützbergstrasse-Bahnhofstrasse-Murgenthalstrasse in den ZALA-Kanal in der Aarwangenstrasse entlastet werden.

Ein erforderliches Teilstück für die Entlastung vom Kreisel Ringstrasse-Bützbergstrasse bis zur Kreuzung des ehemaligen alten Migros-Restaurants, sei mit dem Ausbau der Bützbergstrasse im Zusammenhang mit dem Migros-Neubau vom Stadtrat (Stadtratsitzung vom 15./29. Mai 2006, Traktandum Nr. 10) genehmigt und bereits umgesetzt worden.

<sup>1</sup> Bei hydraulischen Berechnungen gibt es verschiedene ausschlaggebende Faktoren. Die häufigste Frage ist die Bestimmung des Durchmessers, um einen bestimmten Durchsatz transportieren zu können. Dies erfolgt abhängig von Regenmerkmalen (vor allem bei gemischter und Regenwasserkanalisation), vom Abwasserangebot (bei Abwasserkanalisation), von Neigung, Wandrauheit und Randbedingungen wie zulässige Druckhöhen und minimale Belästigung für Mensch und Natur. Weitere Kriterien sind z.B. minimale Deckung zu Mähfeld, Schleppspannung, um bleibende Ablagerungen zu vermeiden, Strömungsgeschwindigkeit und der zulässige Verschmutzungsgrad. (Quelle: [http://www.steinzeugkeramo.com/CMS/all\\_hydraulisch\\_entwurf\\_de.mfpx?ActiveID=3982](http://www.steinzeugkeramo.com/CMS/all_hydraulisch_entwurf_de.mfpx?ActiveID=3982))



Ein erforderliches Teilstück für die Entlastung vom Kreisel Ringstrasse-Bützbergstrasse bis zur Kreuzung des ehemaligen alten Migros-Restaurants sei mit dem Ausbau der Bützbergstrasse im Zusammenhang mit dem Migros-Neubau vom Stadtrat (Stadtratssitzung vom 15./29. Mai 2006, Traktandum Nr. 10) genehmigt und bereits umgesetzt worden.

Das vorliegende Projekt bestehe somit aus dem 2. Teilstück (Kreuzung Bützbergstrasse-Bahnhofstrasse bis zur Aarwangenstrasse). Sollte dieses Teilstück nicht realisiert werden, hätte das bereits bewilligte und umgesetzte Teilstück keinen Sinn, weil damit die Ringstrasse nicht entsprechend entlastet werden könnte.

Das Projekt beinhalte ein Kreditbegehren von Fr. 1'538'000.00. Im Finanz- und Investitionsplan 2010 - 2014 seien dafür Fr. 1'400'000.00 enthalten. Die Überschreitung von Fr. 138'000.00 sei für ein solches Projekt und in dieser Kostendimension verhältnismässig. Der Gemeinderat und die vorberatenden Kommissionen beantragen dem Projekt sowie dem zur Ausführung notwendigen Kredit zuzustimmen.

**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:** Ein klassisches Geschäft nehme da seinen Verlauf. Weder der Prozess des Geschäftes noch dessen Inhalt habe in der Geschäftsprüfungskommission zu Zweifeln geführt. Im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 1. März 2010 werde aufgezeigt, dass die Notwendigkeit zur Sanierung dieses Kanalisationsteilstücks mehr als gegeben sei und, dass die Finanzierung im Finanz- und Investitionsplan 2010 - 2014 entsprechend vorgesehen sei. Die Geschäftsprüfungskommission erhoffe sich eine schnelle Realisation und empfehle, der Vorlage zuzustimmen.

**Markus Bösigler, FDP/jll-Fraktion:** Im vorliegenden Geschäft gehe es um die Realisierung der Sanierung des fehlenden Teilstückes im Gesamtkonzept der städtischen Kanalisation. Die FDP/jll-Fraktion sei der Meinung, dass die Umsetzung folgerichtig und konsequent sei. Die Sanierung sei sowohl finanziell tragbar, als auch technisch nachvollziehbar geplant. Die FDP/jll-Fraktion stimme dem Projekt und dem Investitionskredit einstimmig zu.

**Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion:** Der erste bereits ausgebaute Teil mache überhaupt nur einen Sinn, wenn das heute vorliegende Projekt genehmigt werde. Die Infrastruktur der Stadt Langenthal sollte in gutem Zustand gehalten und entsprechend ergänzt werden. Mit der Genehmigung zum vorliegenden Geschäft würde ein Teil dazu beigetragen. Die SVP-Fraktion stimme der Vorlage zu.

**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion unterstütze das Geschäft Kanalisation Bahnhofstrasse bis Murgenthalstrasse einstimmig. Die SP/GL-Fraktion sei froh, dass mit der Investition von Fr. 1'538'000.00 der Investitionsplan eingehalten werde und danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Vorbereitung und die Durchführung des Geschäfts.

**Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion:** Auch die EVP/glp-Fraktion stimme dem Geschäft einstimmig zu. Die Vorlage stelle ein notwendiges Mittel dar, um die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Persönlich hoffe er, dass unter "Diversem" vom Stadtbauamt Hausaufnahmen zur Erfassung von Rissprotokollen eingeplant worden seien, da die vorzunehmenden Pressvortriebe unter Umständen zu Schäden an Fassaden und Strukturen führen könnten.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Projekt für den Ausbau der Kanalisation Murgenthalstrasse, Teilstück Aarwangenstrasse bis Bahnhofstrasse, wird genehmigt.**
- 2. Der für die Ausführung des Projektes erforderliche Investitionskredit von brutto Fr. 1'538'000.00 (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 340.501.40 bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. Motion Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum"; Stellungnahme

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer:** Die Motion verlange vom Gemeinderat eine Vorlage auszuarbeiten, mit welcher die Stadt Langenthal mit Zustimmung der Kantonspolizei Videokameras an neuralgischen Stellen im öffentlichen Raum bzw. zum Schutz gefährdeter öffentlicher Gebäude installieren kann (insbesondere Bahnhof, Affenplatz, Schulareal Kreuzfeld).

Es sei tatsächlich so, dass, gemäss Art. 51a des Polizeigesetzes (PolG), die Gemeinden zur Verhinderung oder zur Verfolgung von Straftaten mit Zustimmung der Kantonspolizei Videokameras einsetzen dürfen - insbesondere an öffentlichen oder an allgemein zugänglichen Orten, an denen entweder schon Straftaten begangen worden seien oder an denen mit Straftaten zu rechnen sei. Gleiches gelte gemäss Art. 51b für den Schutz aller öffentlicher Gebäude, innen wie aussen ...!

In Art. 8 der Polizeiverordnung (PolV) seien die präzisen Bedingungen betreffend den Einsatz von Videoüberwachungen, das Gesuch und die Bewilligung geregelt. Die Zustimmung bzw. Ablehnung mittels Verfügung liege bei der Kantonspolizei.

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts werde das Anliegen sicher aufgenommen werden und es könne, neben den repressiven, ein praktikables zusätzliches präventives Mittel sein. Der Gemeinderat begrüsse unter Anderem den Vorstoss, damit im Stadtrat einmal grundsätzlich über das sensible Thema der elektronischen Überwachung, debattiert werden könne. Im privaten Bereich (Hinweis: Privathäuser, Sportstadien, Banken, Supermärkte, Detailhandelsgeschäfte, Bahnhöfe usw.) würden Überwachungskameras als selbstverständlich gelten. Auch die Städte Bern und Thun wollen den öffentlichen Raum nun elektronisch überwachen. Bern mit einem grossen Projekt, Thun mit Hilfe einfacher Verfügungen der Kantonspolizei.

Es stelle sich die Frage, was Kameras im öffentlichen Raum oder in öffentlichen Gebäuden bringen können? Die gemachten Erfahrungen würden zeigen, dass offensichtlich Vandalenakte abnehmen, dass sich Mitarbeitende in den öffentlichen Gebäuden (beispielsweise Mitarbeitende der Sozialdienste) sicherer fühlen, dass sich Menschen in überwachten Bereichen ruhiger, kontrollierter bewegen/verhalten. Und auch wenn nur wenige Straftaten mit Hilfe der Auswertung aufgeklärt werden können, so würden Überwachungskameras im Mindesten das subjektive Sicherheitsgefühl verstärken. Sie können aber Patrouillen der Sicherheitskräfte nicht ersetzen und gelten eben nur als ergänzende, passive Massnahme.

Der Gemeinderat sei aber der Meinung, dass der Vorstoss als Motion zu weit greife. Der Kanton regle den Einsatz in der Verordnung so detailliert, dass auf ein Gesuch hin, mit einfachen Verfügungen der Kantonspolizei ziemlich pragmatisch und situativ Kameras eingesetzt werden können, ohne zusätzliche Erlasse und Reglemente (von denen es mittlerweile genug gebe.). In Form eines Prüfungsauftrags, also eines Postulats, würde die Exekutive die notwendige Flexibilität und Handlungsfreiheit erhalten, um das Anliegen zeitgerecht und unkompliziert umsetzen zu können.

#### Fazit/Zusammenfassung:

- Der Gemeinderat erachte den Vorstoss als wichtig und prüfenswert
- Videokameras können als zusätzliches präventives Mittel im Verbund mit anderen Sicherheitsmassnahmen sehr sinnvoll sein und unter Anderem das subjektive Sicherheitsgefühl stärken
- Das Polizeigesetz und die Verordnung über den Einsatz von Videoüberwachungsgeräten regeln die Handhabung im Detail



- Aus Sicht der Exekutive sei der Einsatz von Videokameras ohne zusätzliche Reglemente oder Projekte möglich
- Ein möglicher Einsatz von elektronischen Überwachungsmitteln werde bestimmt Teil des Sicherheitskonzeptes sein

Der Gemeinderat stelle aus den oben aufgeführten Gründen den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären. Weil er hingegen sachlich mit dem Anliegen mehrheitlich einverstanden sei, befürworte er bei einer Wandlung des Vorstosses in ein Postulat die Erheblicherklärung klar.

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Gemeinderat Rolf Baer werde vorweg für die Ausführungen zum Thema gedankt. Mit der Motion werde beabsichtigt, dieses politisch heikle Thema, welches zwar im Sicherheitskonzept diskutiert werde, vorweg zu nehmen und vorweg zu diskutieren, um den operativen Behörden (Gemeinderat, Kommission für öffentliche Sicherheit) die Umsetzungsarbeiten zu erleichtern. Mit der Motion werde also nicht beabsichtigt eine "doppelte Schiene" zu fahren, sondern es gehe effektiv darum, ein wichtiges und heikles Thema vorweg zu diskutieren.

Es gehe um konkrete Ergänzungen und nicht darum, sich in der Dimension des Allgemeinen und Grundsätzlichen zu bewegen, da die Leitlinien der Langenthaler Sicherheitspolitik mit dem Abschluss des Ressourcenvertrages mit der Kantonspolizei bereits abgesteckt worden seien.

Kurze Analyse der Situation in Langenthal: Seit der Interpellation Steiner Daniel (EVP) vom 26. Oktober 2009 betreffend Vandalismus auf dem Kreuzfeldareal bzw. seit deren Beantwortung am 14. Dezember 2009, sei bekannt, dass Vandalismusschäden in Langenthal bei ca. Fr. 30'000.00 jährlich liegen. Weiter sei bekannt, dass es in Langenthal auch Örtlichkeiten gebe, an denen - aufgrund ihrer Anonymität - relativ häufig kriminelle Handlungen passieren. Ein unüberwachtes Schulareal beispielsweise sei am Abend ein beliebter Ort und biete "ideale Bedingungen" für Vandalenakte und um "rumzuhängen". Die Polizei leiste gute Arbeit. Mit dem Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei seien bereits mehr Polizeieinheiten im Einsatz. Es sei jedoch ganz klar, dass die Polizei nicht überall sein könne. Die Idee der Motion sei deshalb, an neuralgischen Punkten - nicht überall - Videokameras ergänzend zu installieren. Das motionierte Anliegen werde aus diesen Überlegungen heraus auch von Praktikern an der Front unterstützt (Amt für öffentliche Sicherheit). Auch der Gemeinderat stehe dem Anliegen in der Sache positiv gegenüber.

Videoüberwachung werde immer wieder mit Datenschutz in Zusammenhang gestellt. Er habe dieses Thema mit seinem Mitmotionär, Albert Schaller, lange diskutiert und sie seien zum Schluss gelangt, dass Einschränkungen bezüglich Datenschutz im Falle von Videoüberwachungen im Sinne der Motion vertretbar seien. Erstens würde die Videoüberwachung nur auf wenige neuralgische Punkte beschränkt (kein "big brother"). Zweitens hätten private Unternehmen ihre Videokameras bereits überall installiert. Damit würde der Staat nur etwas machen, was die Privaten heute schon tun. Drittens bestehe das kantonale Polizeigesetz, welches den im Grossen Rat bereits geführten Debatten über die Grundrechte (Datenschutz, Interessen der Öffentlichkeit etc.), in seinen Bestimmungen Rechnung trage. Die Installation von Videokameras werde als verhältnismässiger Eingriff erachtet. Aus diesen Gründen seien sie als Motionäre zur Überzeugung gelangt, dass die Motion datenschutzrechtlich unproblematisch sei.

Mit entsprechender Unterstützung des Stadtrates könnte der Gemeinderat in eigener Kompetenz Verhandlungen mit der Kantonspolizei aufnehmen, um an Orten, die im Eigentum der Gemeinde seien, Kameras installieren zu können. Es gebe aber auch Orte in privatem Besitz (Privatgrundstücke), an denen kriminelle Handlungen vermehrt zu verzeichnen seien. Selbstverständlich sei es dem Gemeinderat nicht verboten mit den entsprechenden Privateigentümern das Gespräch zu suchen, um den Bürgern in Langenthal entsprechende Sicherheit garantieren zu können.



Zur Installation von Kameras: Das Polizeigesetz sehe klar vor, dass Kameras gut sichtbar sein müssen, damit erkennbar sei, dass der Raum etc. videoüberwacht werde. Damit werde die Idee bzw. der Gedanke der Prävention verfolgt. Eine transparente Videoüberwachung könne eine gewisse abschreckende Wirkung haben, so dass Kriminalität gar nicht erst entstehe. Wie im Übrigen die Botschaft des Regierungsrats zum kantonalen Polizeigesetz festhalte, können Videokameras nicht nur aus präventiver Sicht, sondern auch zur Aufklärung von Straftaten relativ hilfreich sein.

Der Einwand, dass durch die Installation von Videokameras der Ort der Kriminalität nur verlegt werde, sei aus Sicht der Motionäre nicht berechtigt. Erhebungen würden immer wieder zeigen, dass Kriminalität eine Folge spontaner Tatgelegenheiten sei. Sachbeschädigungen, Vandalismus bis hin zur Körperverletzung seien nicht durchdacht, sondern würden relativ spontan ablaufen. An öffentlichen Orten, wo Videokameras installiert seien, werde die Tatgelegenheit reduziert. Damit werde die Kriminalität - weil sie eben spontan entstehe - nicht verlegt, sondern echt reduziert.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion erachte es als prioritär, der Langenthaler Bevölkerung Sicherheit zu gewährleisten und Vandalenakte sowie Übergriffe zu verhindern. Der EVP/glp-Fraktion liege viel daran, dass sich Jung und Alt in der Wohnstadt Langenthal wohl und sicher fühle. Die Motion habe in der Fraktion zu einer regen Diskussion und Auseinandersetzung geführt. Grundsätzlich befürworte die EVP/glp-Fraktion Schritte, welche Kriminalität präventiv verhindern, wie sie von der Motion gefordert werden, trotzdem dürfen die "Abers" dabei aber nicht ausgeblendet werden.

Die EVP/glp-Fraktion sei der Ansicht, dass aufgrund von Erfahrungen - von Seiten der SBB beispielsweise - mit Videoüberwachungen an neuralgischen Orten, Täter tatsächlich von ihrem Handeln abgehalten werden können, dass sich dadurch aber die "Problemzonen" auf andere Plätze verschieben können, auch wenn die Motionäre diesbezüglich anderer Meinung seien. Die EVP/glp-Fraktion sei sich zudem nicht sicher, ob Videoaufnahmen zur Ermittlung tatsächlich genügend Aufschluss bringen. Die Suche nach Tätern könne sich nach wie vor als schwierig gestalten. Zudem sei es fragwürdig, Videoaufnahmen ins Internet zu stellen, wie dies von einzelnen Kreisen auch gefordert werde. Das käme einem Vorgehen wie im "wilden Westen" nach dem Motto: "wanted, dead or alive" gleich. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Einsatz von Kameras an ausgewählten Orten zu prüfen. Bei Kosten für eine Kamera von Fr. 10'000.00 bis Fr. 15'000.00 würde die Finanzkompetenz des Gemeinderates sicher nicht überschritten werden.

Die Mehrheit der EVP/glp-Fraktion lehne die Erheblicherklärung der Motion aus diesen Gründen ab, würde bei einer Wandlung des Vorstosses in ein Postulat diesem aber mehrheitlich zustimmen. Mit dem Vorstoss in Form des Postulats könnte der offene Punkt, nämlich die Notwendigkeit von Kameras an allfälligen Standorten, flexibel geklärt werden.

**Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion könne sich mit dem Gedanken einer Videoüberwachungsgesellschaft im öffentlichen Raum nicht anfreunden. Aus Sicht der SP/GL-Fraktion sei die ständige Überwachung von einzelnen neuralgischen Punkten kein probates Mittel um die Sicherheit in der Stadt nachhaltig zu verbessern. Studien hätten gezeigt, dass solche Massnahmen lokal zwar Abhilfe schaffen, sich dadurch die ganze Problematik aber verlagere. Wenn die Jungen, oder auch die Älteren nicht mehr unbeobachtet an einem Ort rumhängen können, würden sie sich früher oder später einen anderen Ort dafür suchen. Die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass mit gezielteren präventiven Massnahmen wesentlich mehr erreicht werden könnte. Mit der Genehmigung eines einmaligen Investitionskredits sei die Installation und der Unterhalt einer Videoüberwachungsanlage nicht vom Tisch. Die ganze Anlage müsse Jahr für Jahr in Stand und noch wichtiger, auf dem neusten Stand der Technik gehalten werden. Dieses Geld könnte sinnvoller verwendet werden. Beispielweise für die Jugendarbeit, die dafür Sorge, dass Junge sinnvolle und anregende Alternativen zu Vandalismus und Littering haben, oder aber für eine verstärkte Polizeipräsenz, mit welcher die ganze Innenstadt überwacht werden könnte, da die Polizei auch um Ecken schauen könne, was eine Videokamera nicht könne.



Die SP/GL-Fraktion sei sehr erstaunt, wie man mit der einen Hand am 25. Januar 2010 gegen das *"Postulat Steiner Daniel (EVP) und Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: Massnahmen gegen Vandalismus - Prüfung gezielter Massnahmen gegen Vandalismus zum Schutz von öffentlichen Gebäuden und Plätzen"* habe stimmen könne, womit die Sicherheit im öffentlichen Raum habe verbessert werden wollen, und nun mit der anderen Hand, praktisch gleichzeitig, eine Motion zur Videoüberwachung für mehr Sicherheit verfassen könne. Verwunderung löse auch aus, dass die Motion aus der selben Ecke herauskomme, aus welcher sich in der letzten Legislaturperiode Widerstand mit Händen und Füssen gegen eine Überwachung der Ampel an der Ringstrasse geregt habe.

Die SP/GL-Fraktion lehne die Motion einstimmig ab und stimme dem Vorstoss mehrheitlich auch nicht zu, wenn er in die Form des Postulats gewandelt würde.

**Mirko Hegi, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion werde die Motion nicht unterstützen, weil die Fraktion die Meinung des Gemeinderats teile, dass eine sachliche Prüfung des Anliegens die Form des Postulats erfordere. Im Zusammenhang mit der Vielzahl von Sicherheitsinstrumenten (Polizei, Street Work, Jugendarbeit) könnte der Einsatz von Kameras geprüft werden. Die FDP/jll-Fraktion gebe aber zu bedenken, dass Kameras ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln können, dass deren Betrieb und Unterhalt sehr kostenintensiv sei und dass Punkte Nachhaltigkeit bei Videoüberwachungssystemen ein Fragezeichen gesetzt werden müsse. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Motion nicht, wogegen das Postulat grossmehrheitlich unterstützt würde.

**Florinda Wallkamm-Mauricio:** Laut einem Zeitungsartikel vom Freitag vor einer Woche habe die örtliche SVP-Fraktion der Gemeinde Wohlen (AG) die Wirksamkeit der kürzlich installierten Videoüberwachung in Frage gestellt. Die Sicherheit habe sich nicht verbessert und es sei trotzdem zu Tötlichkeiten im Bereich des Bahnhofgeländes gekommen. Die Investition von Fr. 100'000.00 habe sich demnach nicht gelohnt.

Dieser Zeitungsartikel zeige, dass die Ursachen der Probleme bekämpft werden sollten. Es stelle sich die Frage, weshalb diese Probleme bestehen. Im öffentlichen Raum sei die soziale Kontrolle verloren gegangen. Die Mentalität des Wegschauens fördere die Täterschaft. Die Installation von Videokameras könne zwar an Orten mit eng begrenzten Räumlichkeiten wie beispielsweise in Bahnhofunterführungen sinnvoll sein, auf Plätzen sei eine flächendeckende Überwachung dagegen fast nicht machbar. Und zudem lasse sich rasch herausfinden, wo sich die toten Winkel befinden. Eine Videoüberwachung mache - wie bereits gesagt - nur an wenigen Orten Sinn, könne aber punktuell eingesetzt, abschreckend wirken. Ihrer Meinung nach sei diese Massnahme zur reinen Abschreckung aber zu teuer. Sie finde es störend, dass mit technischen Massnahmen Zustände und Probleme bekämpft werden sollen, die durch verloren gegangene Beziehungen im öffentlichen Raum geschaffen worden seien. Sie erachte es als sinnvoller dieses Geld in nachhaltigere Projekte zu stecken, die der erneuten Stärkung von Werten und Normen dienen. Der öffentliche Raum müsse vermehrt geplant und dadurch gesteuert werden, wie dies beispielsweise auf dem neuen Wuhrlplatz vorgesehen sei.

Die Projektgruppe BELLAngethal habe sich unter Anderem intensiv mit dieser Problematik befasst und einen ganzen Strauss von Massnahmen dafür erarbeitet. Sie sei der Meinung, dass zuerst die Wirkung dieser Massnahmen abgewartet werden soll. Da im Moment nur einzelne Teile daraus realisiert werden sollen, habe man später sogar die Möglichkeit diese Massnahmen zu erweitern und den ganzen Katalog zur Wirkung kommen zu lassen. Die Vergrösserung der sozialen Kontrolle sollte das Ziel sein. Auch Eigenverantwortung zu übernehmen anstatt nach Verantwortung zu rufen, sollte wahrgenommen werden. Weiter sollte die Zivilcourage gestärkt werden anstatt den Leuten mit übertriebenen Zeitungsartikeln Angst zu machen. Und Jugendliche sollten mehr einbezogen werden, als dass man über sie urteile. Der Sozialraum bedürfe wie bereits gesagt einer Planung, damit er gestaltet werden könne. Zu positivem Verhalten soll animiert werden, anstatt dieses therapieren zu wollen. Es gelte das Geld also sinnvoll einzusetzen. Aufgrund dieser Überlegungen lehne sie persönlich den Vorstoss als Motion als auch in Form des Postulats ab.



**Daniel Steiner:** Es überrasche wohl niemanden, dass er die Motion der Stadträte Patrick Freudiger und Albert Schaller unterstütze.

Es sei noch nicht lange her, dass im Stadtrat das *"Postulat Steiner Daniel (EVP) und Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: Massnahmen gegen Vandalismus - Prüfung gezielter Massnahmen gegen Vandalismus zum Schutz von öffentlichen Gebäuden und Plätzen"* diskutiert worden sei. Damals sei es um die Prüfung von wirksamen Massnahmen gegen Vandalismus gegangen. Mit einiger Überraschung habe er am 25. Januar 2010 zur Kenntnis genommen, dass Stadtrat Patrick Freudiger das Postulat nicht unterstützt habe, und wenig später einen eigenen Vorstoss mit einer spezifischen Massnahme, aber der eigentlich gleichen Zielrichtung wie das Postulat, lanciert habe. Es stelle sich ihm deshalb die Frage, ob Ideen zum Thema "Sicherheit" nur gut seien, wenn sie aus der richtigen und somit rechten politischen Ecke stammen? Gerade von Stadtrat Patrick Freudiger sei er sich eigentlich eine konsequentere Politik gewohnt. Nichts desto Trotz und im Bewusstsein, dass Politik nicht immer logisch sei, finde er die Idee gut und werde den Vorstoss deshalb unterstützen.

Videokameras im öffentlichen Raum: Zuerst müsse klar betont werden, dass es sich um eine rechtstaatlich anspruchsvolle Thematik handle. Nämlich um das Spannungsverhältnis zwischen der Erhöhung der Sicherheit und dem Recht auf persönliche Freiheit einerseits und dem Datenschutz andererseits. Es müsse auch gesagt werden, dass der Erfolg der Videoüberwachung von Experten sehr unterschiedlich bewertet werde.

Folgende Gründe würden seiner Meinung nach trotz Allem für eine Videoüberwachung sprechen:

- Orte, die bisher zu bestimmten Zeiten gemieden werden, würden wieder als sicherer wahrgenommen und stärker frequentiert. Dadurch würde die soziale Kontrolle gesteigert.
- Straftaten könnten anhand von Videoaufzeichnungen leichter und schneller aufgeklärt werden. Die Täterschaft könnte eher zur Rechenschaft gezogen werden.
- Von einer erfolgreichen Ermittlungsarbeit der Polizei gehe wiederum eine präventive Wirkung aus: Eine grössere Wahrscheinlichkeit für Straftäter erwischt zu werden, reduziere die Kriminalität im überwachten Raum.
- Schliesslich und entgegen der Meinung von Gemeinderat Rolf Baer könnten - mit dem Einsatz von Videotechnik an neuralgischen Orten - die personellen Ressourcen der Sicherheitsorgane vermehrt anderweitig eingesetzt werden.

Für ihn seien diese Gründe viel stärker als die (berechtigterweise erwähnten) Nachteile einer Videoüberwachung.

Diese Motion werde wohl einen schweren Stand haben. Für ein Postulat sehe es wohl besser aus. Für ihn sei klar, dass Nichts machen und wegsehen keine Alternative darstelle. Demgegenüber wäre hinschauen – und sei es nur mit Kameras – ein möglicher Schritt zu mehr Sicherheit in Langenthal.

**Manuel Ischi:** *"Wer kurzfristige Sicherheit der Freiheit vorzieht, hat weder Freiheit noch Sicherheit verdient"*. Mit diesem Zitat von Benjamin Franklin, einem Begründer der Demokratie, dürfte seine persönliche Haltung zum vorliegenden Thema wohl klar sein.

Folgende "grössenmässig" mit Langenthal vergleichbare Städte würden anders mit der Sicherheitsfrage umgehen: New York und London. Beide Städte seien mit acht respektive sieben Millionen Einwohnenden in etwa gleich gross, beide Städte hätten ungefähr die gleichen Budgets für die Polizei, würden diese aber ganz anders einsetzen. New York habe gegenüber London 40% mehr Streifenpolizei auf den Strassen, wogegen London das gleiche Budget in den Aufbau einer Videoüberwachung investiert habe. Studien der letzten 10 Jahre würden zeigen, dass die Kriminalität in London gestiegen sei, während dem in New York ein Rückgang verzeichnet werden könne. Das heisse also, dass die Videoüberwachung und die öffentliche Finanzierung der Videoüberwachung in den letzten Jahren drastisch gestiegen sei, und das mit nachgewiesenermassen wenig substantiellem Nutzen.



Ein Rechtsprofessor aus Massachusetts bezeichne "die augenscheinliche Plausibilität" als möglichen Grund, wie er auch hier grösstenteils angeführt werde, für diese Entwicklung. Als weitere Gründe werden die augenscheinliche öffentliche Unterstützung sowie die politische Notwendigkeit: "Massnahmen gegen Kriminalität vorweisen zu können" genannt. Weiter würden auch einzelne sensationelle Fälle diese ganze These stützen.

Wer aber die Statistiken der verschiedensten Städte und Organisationen und die umfassenden Auswertungen von Kriminalitätsreduktionen durch Videoüberwachung etwas genauer betrachte, sehe, dass der korrekte Wert (Rückgang der Kriminalität/Durchschnittswert) in London beispielsweise gerade einmal 4% betrage. Wirklich zurückgegangen seien aber nicht die Anzahl der Straftaten und der Vandalenakte, sondern die Anzahl der Autodiebstähle. Dagegen habe mit einer gleichzeitig vom Innenministerium durchgeführten Auswertung über die Verbesserung der Strassenbeleuchtung eine hochsignifikante Kriminalitätssenkung von 20% festgestellt werden können. Dieser Punkt widerspreche im Übrigen seiner Motion "Stopp dem Licht-Smog"<sup>1</sup> nicht, weil er dort die sicherheitsrelevanten Beleuchtungen explizit ausgenommen habe.

Die Untersuchung von Statistiken in anderen Londoner Stadtteilen zeige auch, dass kein Zusammenhang zwischen Videokameras und polizeilicher Aufklärungsquote bestehe. Dank Überwachungskameras seien ganze 2,1% mehr Fälle aufgeklärt worden, was als marginaler Wert bezeichnet werden könne. Dementsprechend stelle sich die Frage, ob es sich lohne einen Überwachungsapparat aufzustellen, um allenfalls 2,1% mehr von beispielsweise Sprayer- oder Wandpinklerfällen aufzuklären. Zudem sollte nicht verachtet werden, dass der so genannte "non helping by standard effect" durch Videoüberwachung verstärkt werde, weil man im Wissen, dass es eine Videokamera hat, die persönliche Bereitschaft zu helfen, wenn etwas passiert, kleiner sei, als wenn eben keine Videokamera dort wäre. Diese subjektive Sicherheit führe eben auch zu Passivität bei sozialer Gerechtigkeit.

Weshalb also Kameras? Will man damit dem allgemeinen Überwachungswahn folgen? Will man zum Teil eigene Statistiken und Studien ignorieren? Oder soll eben einfach nur etwas gemacht werden, damit man einfach etwas gemacht hat? Für ihn sehe verantwortungsvolle Politik anders aus.

Was Affekthandlungen betreffe, so habe er Studien von Experten - die er zu Rate gezogen habe - entnehmen können, dass diese zu spontanen Tatbeständen genau das Gegenteil vom heute bereits Erwähnten sagen. Diese meinen, dass mit einer Videoüberwachung Affekthandlungen (Kurzschlussreaktionen) nicht eingedämmt werden können, da es den Tätern in einer solchen Situation eben gleich sei, oder diesen nicht bewusst sei, dass Kameras installiert seien. Videokameras würden oftmals solche Fälle zeigen. Vielleicht suchen diese Täter diese Aufmerksamkeit ja sogar. Klar sei, dass Videokameras in Fällen von geplanten Handlungen helfen können. Ein Sprayer beispielsweise spraye kein Graffiti im Affekt an eine Wand. Ein Sprayer plane seine Handlung und wenn er wisse, dass dort eine Kamera stehe, plane er seinen Vandalenakt eben an einer anderen Stelle.

Er hoffe, im Sinne einer verantwortungsvollen Politik, auf die Einsicht im Rat, dass Kameras eben nicht die Lösung sein können.

**Beat Sterchi:** Er sei mehr als 10 Jahre Stadtrat und jedes Jahr werde zwei bis drei Mal über Vandalismus geredet. Offenbar haben also die gut gemeinten Absichten, die Projekte sowie alles andere, das bis anhin gemacht worden sei, nicht gefruchtet. Man habe einerseits versucht zuzureden und präventiv zu wirken, langsam müsse man nun halt doch hin zur Bestrafung und zur Aufdeckung solcher Taten wirken. Über Bussen im bestehenden Ortspolizeireglement aus dem Jahre 1972 müsse jeder, der an die Wand pinsle, lachen, da dieses, so viel er wisse, gar keine Bussen für Vandalismus enthalte. Der Kanton liefere nun die Möglichkeit in den Gemeinden mit Überwachungskameras gegen das Problem anzugehen.

---

<sup>1</sup> Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: "Stopp dem Lichtsmog" - Auftrag zur Ergreifung geeigneter reglementarischer Massnahmen zur Reduktion der nächtlichen Verschmutzung durch künstliches Licht auf ein Minimum (erheblich erklärt am 25. Januar 2010, Traktandum Nr. 5)



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

Er vertrete die Ansicht, dass das Problem in einer Stadt mit 15'000 Einwohnenden von verschiedenen Seiten anzugehen sei, dass nicht allein auf Prävention, sondern auch auf Bestrafung und Überwachung gesetzt werden müsse, was heute zu einer umfassenden Sicherheitspolitik gehöre. Aus diesem Grund sei er der Meinung, dass die Möglichkeit der Videoüberwachung anzuwenden und auszuprobieren sei.

Der bekannte Vorfall in der Münchner U-Bahn, wo Leute (von schweizer Tätern) zusammengeschlagen worden seien zeige, dass diese Täter nicht hätten überführt werden können, wenn keine Überwachungskameras installiert gewesen wären. Dank Videoüberwachung sei es zu einer Anklage gekommen und die Täterschaft könne der Bestrafung zugeführt werden.

**Patrick Freudiger:** Die Aussagen von Stadtrat Daniel Steiner könne er nicht einfach stehen lassen. Da in der Begründung des *"Postulats Steiner Daniel (EVP) und Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. November 2009: Massnahmen gegen Vandalismus - Prüfung gezielter Massnahmen gegen Vandalismus zum Schutz von öffentlichen Gebäuden und Plätzen"* nicht erwähnt worden sei, dass man Videokameras als Massnahme für mehr Sicherheit eigentlich einsetzen wolle, wäre das Postulat heute eh nur ein Papiertiger. In diesem Punkt unterscheide sich die vorliegende Motion zum Postulat von Stadtrat Daniel Steiner eben. Er sei sich zudem ziemlich sicher, dass - auch wenn die Videokameras im Postulat enthalten gewesen wären - die Leute aus der SP nicht mitgemacht hätten.

Wie Stadtrat Manuel Ischi erwähnt habe, sei die Kriminalitätsrate in New York zurückgegangen. Dieser Rückgang sei aber nur darauf zurückzuführen, dass New York die Kriminalitätsstrategie geändert habe und heute eine konsequente Nulltoleranzstrategie praktiziere. Seines Wissens würde dieses Vorgehen bei Stadtrat Manuel Ischi aber nicht so gut ankommen ...

**Albert Schaller:** Eigentlich seien sich ja alle einig, dass Vandalismus und Sachbeschädigung das subjektive Sicherheitsgefühl beeinträchtigen. Als Mitarbeiter der Kantonspolizei müsse er feststellen, dass personelle Ressourcen vielmals fehlen, um diesem Umstand entgegenzuwirken. Er erachte eine Videoüberwachung an neuralgischen Punkten durchaus als Alternative und somit als sinnvolle Ergänzung - auch in präventiver Hinsicht - obwohl ihm naturgemäss die Aufklärung von Straftaten etwas näher liege.

Nebenbei und in Bezug auf die personellen Ressourcen bemerkt, staune er, dass der Stadtrat von Langenthal es fertig bringe, zwei seiner Kollegen der Kantonspolizei, für die es bestimmt sinnvollere Einsatzmöglichkeiten gäbe, den ganzen Abend hier rumsitzen zu lassen.

Die heutige Diskussion zeige, dass dem Anliegen durchaus Sympathie entgegen gebracht werde, wogegen die Form des Anliegens Probleme bereite, weil der Vorstoss in Form der Motion den Gemeinderat zu sehr einschränke. Um dem Gemeinderat die nötige Flexibilität einzuräumen, seien er und sein Mitmotionär kompromissbereit und **wandeln die Motion in ein Postulat**.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat (umgewandelte Motion) Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum", wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 4. Motion Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: Zukunftssicherung Pensionskasse; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Verglichen mit dem vorangegangenen Traktandum, müsse beim vorliegenden Thema nicht so stark ins Ausland und weniger auf komplizierte Statistiken geschaut werden, womit erkennbar sei, dass die vorliegenden Daten weder auf Schnellschüssen noch auf Affekthandlungen basieren...

Die vorliegende Motion stelle eine Fortsetzung des am 25. Juni 2007 eingereichten und am 22. Oktober 2007 erheblich erklärten Postulats von Stadtrat Gfeller Markus betreffend die Prüfung des Primatwechsels dar. Der Gemeinderat habe den Stadtrat sowie den Postulanten in mehreren Etappen über das Anliegen orientiert; letztmals an der Stadtratssitzung vom 25. Januar 2010 mit umfassenden Referaten von zwei Pensionskassenexperten.

Im November 2009 habe der Gemeinderat nach eingehender Prüfung entschieden, am Leistungsprimat festzuhalten. Gewisse Potentiale seien aber erkannt worden. Ebenfalls im November 2009 habe der Gemeinderat der Leitung der Pensionskasse - selbstverständlich unter Einbezug der Pensionskassenkommission - den Auftrag gegeben, eine Vorlage zur Teilrevision des Pensionskassenreglements vom 19. November 2007, in Kraft seit 1. Januar 2008, auszuarbeiten.

Seit Anfang dieses Jahres arbeite die Firma PK Expert AG an der Revisionsvorlage. Die Revision beinhalte vier wesentliche Punkte:

- kostendeckende Finanzierung von Lohnerhöhungen
- Änderung der Kürzungsregeln bei fehlenden Versicherungsjahren
- Anpassung des versicherungstechnischen Zinssatzes
- Definition der beitragspflichtigen Besoldungen

Anfang dieses Jahres hätten erste Besprechungen mit der PK Expert AG und der Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Pensionskassenkommission, stattgefunden. Ende März 2010 seien in der Pensionskassenkommission Beratungen durchgeführt worden und vor rund 10 Tagen habe in der Gewerbeschule für die Angestellten (inkl. die der angeschlossenen Institutionen) eine Informationsveranstaltung über die Reglementsrevision stattgefunden.

Die vorliegende Motion verlange die Ausarbeitung einer Reglementsvariante für das Beitragsprimat. Der Gemeinderat sei aber der Auffassung, dass sich an der Ausgangslage (Beibehaltung Leistungsprimat) nichts geändert habe. Im Sinne der Motion müsste nun aber eine zweite Reglementsvorlage ausgearbeitet werden, was nach Meinung des Gemeinderates zu zeitlichen Verzögerungen führen würde. Der Gemeinderat möchte zügig an der Reglementsrevision weiterarbeiten können, so dass die revidierten Bestimmungen ab Anfang nächsten Jahres in Kraft gesetzt werden könnten.

Aus diesen Gründen beantrage der Gemeinderat die Nichterheblicherklärung des Vorstosses in Form der Motion als auch - im Falle der Wandelung - in Form eines Postulats.

**Markus Gfeller:** Auf die Idee, das vorliegende Thema mit einem Schnellschuss in Verbindung zu bringen, könne wohl niemand kommen...

Dass der Gemeinderat "Potentiale erkannt habe", töne zwar gut, schlussendlich heisse das aber, dass die in Arbeit befindliche Reglementsrevision nach wie vor auf Vorschlägen der Pensionskassenexperten aus dem Jahre 2005 und seitherigen Wiederholungen, basiere.



Beweggrund für die vorliegende Motion: Für ihn sei ganz klar, dass das Leistungsprimat, so wie es im Moment aufgegleist ist, nicht mehr zeitgemäss sei. Er habe nicht bis zum Vorliegen eines neuen Reglementsentwurfs gewartet, weil er gewollt habe, dass gleichzeitig mit der Absicht des Gemeinderates (Ausarbeitung eines Reglementsentwurf basierend auf dem Leistungsprimat) auch ein Reglementsentwurf, basierend auf dem Beitragsprimat, ausgearbeitet werde. Dass dies zu einer zeitlichen Verzögerung führen würde, sei natürlich überhaupt nicht wahr, weil es grundsätzlich ja nur um die Finanzierung gehe, und die mache - bei näherer Betrachtung des Reglements - nicht den grösseren Teil aus, als die entsprechend zu revidierenden Bestimmungen. Eine gleichzeitige Gegenüberstellung der Varianten zu machen, würde weder zeit- noch kostenmässig zu einem wesentlichen Mehraufwand führen.

Er attestiere dem Gemeinderat eine klare Haltung, die bereits in der Prüfung zum Postulat klar gewesen sei und die nun auch im Zusammenhang mit der vorliegenden Motion unverändert sei. Obwohl er diese Haltung natürlich als falsch halte, sei sie für ihn persönlich nicht ganz unerwartet.

Schade finde er die etwas fehlende Ernsthaftigkeit, die der Motion seitens der Verwaltung oder des Gemeinderates, entgegengebracht werde, indem

1. eine ziemlich unvollständige Dokumentation in die Aktenaufgabe gelegt worden sei,
2. 10 Tage bevor über die Motion im Stadtrat habe gesprochen werden können, die Angestellten und die Arbeitgebenden bereits darüber informiert worden seien, wie das künftige Reglement aussehen sollte.

Dass die Interessen des Arbeitgebers in der Pensionskasse der Stadt Langenthal niemand wahrnehme, sei begreiflich, da an und für sich der Steuerzahler der Arbeitgeber sei, der wiederum höchstens durch den Stadtrat ein gewisses Mitspracherecht habe. Alle anderen seien allenfalls Arbeitnehmende und würden natürlich von einer Lösung, die sehr stark zu lasten des Arbeitgebers gehen, profitieren. Dass aber auch niemand die Interessen der Arbeitnehmenden wahrnehmen wolle, sei erstaunlich, da auch die Arbeitnehmenden von der Motion profitieren würden.

Persönlich habe er Kenntnis von einzelnen Arbeitgebenden, die sich überlegen aus der Pensionskasse auszutreten bzw. andere Lösungen zu suchen, wenn der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat nicht stattfinden sollte. Das würde dazu führen, dass natürlich weniger Versicherte in der Pensionskasse wären und, dass mit der Abnahme der Versicherten die Pensionskasse per se grundsätzlich schwächer würde.

Das Leistungsprimat sei in grundsätzlicher Weise nicht mehr zeitgemäss. Es sei auf den Beamtenstatus und somit auf Leute ausgelegt, die im Alter von 20 Jahren in die Verwaltung gehen und dort bis zur Pension bleiben, weshalb vor allem öffentlich-rechtliche Körperschaften so organisiert seien. Dieses Arbeitnehmerverhalten sei in der heutigen Zeit aber nicht mehr unbedingt der Fall, da Arbeitnehmende ihren Arbeitgeber sowie das ihr Arbeitspensum regelmässiger wechseln würden. Wenn nun jemand in den letzten Jahren vor der Pensionierung aus verschiedenen Gründen nicht mehr 100% sondern 80% arbeiten müsste, dann würde diesem schlussendlich - obschon er 30 - 40 Jahre lang PK-Beiträge auf einem Einkommen mit einem Arbeitspensum von 100% einbezahlt habe - nur Leistungen auf dem reduzierten Pensum ausbezahlt.

Wie Gemeinderat Jürg Häusler erwähnt habe, werde das Reglement zusätzlich in vier weiteren, wesentlichen Punkten, die von den Pensionskassenexperten seit dem Jahre 2005 bemängelt werden, revidiert. Unter anderem sei darin der technische Zinsfuss enthalten. Allen sei bekannt, dass man sich in einer extrem tiefen Zinssatzphase befinde, so dass nicht damit gerechnet werden könne, dass auf den Vermögensanlagen hohe Renditen erwirtschaftet werden können. Schlussendlich heisse das, dass eben ein grosser Teil der zukünftigen Leistungen nicht über die Kapitalerträge, sondern über Beiträge der Arbeitgebenden oder der Arbeitnehmenden zu finanzieren seien. Falls die Zinssituation sich wieder ändern sollte, würde das im Leistungsprimat natürlich nicht angepasst, sondern es würde im Unterschied zum Beitragsprimat gleich bleiben. Man müsse also davon ausgehen, dass sich steigende Zinssätze eigentlich zum Nachteil der Arbeitnehmenden auswirken, weil eben deren reglementarisch festgelegten Beiträge nicht sinken bzw. deren Leistung auch nicht höher werden



Es sei bekannt, dass es ungefähr sechs Jahre von der Aufdeckung bis zur Auslösung eines Auftrages zur Lösung des Problems dauere. Daher könne nicht damit gerechnet werden, dass bei einer Änderung der Situation auch zeitgerecht darauf reagiert werden könne. Aus diesem Grund bitte er darum, der Stadt Langenthal und somit den Arbeitnehmenden und den Versicherten der Pensionskasse eine Chance zu geben, zwei Reglementsentwürfe einander gegenüberzustellen zu können, um sie zu vergleichen.

Dem Gemeinderat und dem Büro des Stadtrates danke er für zügige Traktandierung der Motion, die gemäss Geschäftsordnung des Stadtrates (Art. 36 Abs.2) erst an der nächsten Stadtratssitzung hätte behandelt werden müssen.

**Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion:** Am 25. Januar 2010 habe der Gemeinderat mit Unterstützung der Pensionskassenexperten, Herrn Martin Schnider, aBcon AG Bern und Herrn Peter Düggeli, PK-Expert AG Münsingen bezugnehmend auf das *Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Zukunftssicherung der städtischen Pensionskasse (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat)* informiert. Die damals zum Ausdruck gebrachte Meinung, dass kein zwingender Handlungsbedarf für den Vollzug eines Primatwechsels bestehe, sei wesentlich.

Der SP/GL-Fraktion seien bei genauer Betrachtung der vorliegenden Motion folgende Punkte aufgefallen:

- Stadtrat Markus Gfeller spreche davon, dass weil das Leistungsprimat eine komplizierte und schwerfällige Sache sei, der Gemeinderat Jahre gebraucht habe, um zu reagieren. Die SP/GL-Fraktion gehe nicht davon aus, dass die Schwerfälligkeit des Themas der Grund für die Dauer der Bearbeitung sei, sondern dass der Gemeinderat vielleicht auch etwas andere Prioritäten gesetzt habe.
- Das Postulat und die heute vorliegende Motion sei eingereicht worden, weil die Deckung nicht mehr 100% betrage. Früher sei die Deckung immer weit über 100% gewesen, was sich durch die Finanzkrise jedoch geändert habe. Mittlerweile betrage die Deckung wieder über 100%, wenn auch nicht so hoch, wie er persönlich erwartete habe.
- Stadtrat Markus Gfeller habe Arbeitgeber erwähnt, die beabsichtigen die Pensionskasse in absehbarer zu wechseln, wenn kein Primatwechsel vollzogen werde. Offenbar stamme diese Information aus einer ihm unbekanntem Quelle. Gemäss Auskunft, die er auf diese Frage erhalten habe, habe sich in den letzten zwei Jahren nämlich kein einziger Arbeitgeber gegenüber Personen in der Verwaltung dahingehend geäußert.

Schlussendlich sei der Primatwechsel im Grundsatz zu entscheiden. Der Gemeinderat habe, gestützt auf Expertisen gesagt, dass er einen Wechsel als nicht notwendig erachte. Persönlich sei nun aber auch er etwas erstaunt und gebe diesbezüglich Stadtrat Markus Gfeller Recht, dass keine Informationen vorliegen, die darüber Auskunft geben, wie viel ein Primatwechsel einmalig kosten würde. Inoffizielle Zahlen habe er gehört. Diese würden aber mit der heutigen Situation nicht mehr übereinstimmen.

Nichts desto Trotz sei die SP/GL-Fraktion der Meinung, dass der Gemeinderat mit dem Entscheid zur Beibehaltung des Leistungsprimats richtig handle und stimme der Nichterheblicherklärung des Vorstosses im Sinne des gemeinderätlichen Antrages zu.

**Beat Sterchi, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe sich nochmals eingehend mit der Primatsfrage der Pensionskasse auseinandergesetzt und stütze sich dabei vor allem auf die Präsentationen der beiden vom Gemeinderat beauftragten Experten (Martin Schnider, aBcon AG Bern und Herrn Peter Düggeli, PK-Expert AG) an der Stadtratssitzung vom 25. Januar 2010.

Es sei eine Tatsache, dass die Pensionskasse im Ist-Zustand Nachzahlungen bei Lohnerhöhungen - vor allem von älteren Versicherten - nicht vollständig finanziell abzudecken vermöge. Für Arbeitnehmende über 35 Jahre sei die Nachzahlung nicht sichergestellt. Die Experten hätten aber aufgezeigt, dass diese Schwäche des Leistungsprimats mit folgenden Massnahmen gelöst werden könnten:



1. Bei fehlenden Versicherungsjahren müsse es inskünftig möglich sein, den Rentensatz zu kürzen.
2. Eine Reduktion der Kosten für Nachzahlungen lasse sich erreichen, indem Lohnerhöhungen ab Alter 58 nur noch reduziert oder gar nicht mehr nachversichert würden.
3. Senkung des technischen Zinssatzes (bisher 4%), angepasst an die neuen Marktbedingungen.

Die Berechnungen der Experten zeigen auf, dass ein leistungsmässig gleichwertiges Beitragsprimat nicht billiger käme. Je nach Variante sei für die Wahrung des Besitzstandes der älteren Versicherten mit Zusatzkosten von Fr. 1,9 bis Fr. 3,6 Mio. zu rechnen. Auch der geprüfte Anschluss an eine Sammelstiftung, unter Beibehaltung des Leistungsprimats, generiere gemäss einer Offerte der Previs Personalvorsorge, Köniz, Mehrleistungen von Fr. 1,2 bis Fr. 1,9 Mio.

Die SVP-Fraktion sei grundsätzlich nicht bereit, über Lösungen zu diskutieren, die Mehrkosten in diesem Ausmass verursachen. Grundsätzlich sei die fehlende Sicherstellung durch Lohnerhöhungen ein Problem der Versicherten. Die SVP-Fraktion erwarte deshalb Lösungen, welche für die Stadt und für die der Pensionskasse angeschlossenen Körperschaften möglichst kostenneutral ausfallen.

Die grosse Mehrheit der Versicherten und offenbar auch jene der angeschlossenen Körperschaften spreche sich für die Beibehaltung des Leistungsprimats aus. Die SVP-Fraktion gehe deshalb davon aus, dass die Versicherten sich bewusst und dementsprechend auch bereit seien, einen wesentlichen Beitrag zur Behebung der finanziellen Lücken des heutigen Leistungsangebots, ohne Beanspruchung der Träger, zu leisten.

Die nach Meinung der SVP-Fraktion auf den 1. Januar 2011 umzusetzenden erforderlichen Massnahmen, seien von den beiden Experten klar aufgezeigt worden. Im Gegensatz zum Primatwechsel stelle sich bei diesen Massnahmen - auch wenn es sich um Kürzungen von Anwartschaften und um die Erhöhung von Beiträgen handle - das Problem der Besitzstandsgarantie nicht. Sollten diese Massnahmen für eine kostenneutrale Lösung nicht ausreichen, sei die SVP-Fraktion durchaus auch zu einem späteren Zeitpunkt bereit, über die Erhöhung des Rentenalters auf das 65. Alterjahr zu diskutieren.

Die SVP-Fraktion lehne die Motion aus finanziellen Gründen ab. Sie sei nicht bereit zusätzliche finanzielle Mittel in die Pensionskasse einzuschliessen. Auch mit einer Mehrbelastung der Stadt und der angeschlossenen Körperschaften sei sie nicht einverstanden. Die SVP-Fraktion erwarte von den Organen der Pensionskasse kostenneutrale Vorschläge (für Arbeitgeber) zur Nachfinanzierung von Lohnerhöhungen.

**Daniel Rüegger, EVP/glp-Fraktion:** Der Stadtrat beschäftigte sich schon eine ganze Weile mit der städtischen Pensionskasse und insbesondere mit der Frage des Primats. Fakt sei, dass es Pros und Contras für beide Primatvarianten gebe. Ein Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat führe in der Regel für jüngere Versicherten zu einer Leistungsverbesserung, wogegen ältere Versicherten eine Leistungseinbusse hinnehmen müssten. Für die Pensionskasse der Stadt Langenthal hätte ein leistungsmässig gleichwertiges Beitragsprimat - unter Wahrung des Besitzstandes für ältere Versicherte und abhängig von der Variante - ansehnliche Kosten zur Folge.

Die Credit Suisse beispielsweise habe mit Wirkung ab 1. Januar 2010 für die unter 40-Jährigen und die Neueintretenden ein Wechsel zum Beitragsprimat vorgenommen, während dem die Älteren (über 40-Jährigen) im Leistungsprimat verbleiben. Die Primatfrage sei also eine Frage der eigenen Ansicht und der persönlichen Situation.

Der EVP/glp-Fraktion erscheine es wichtig, dass die heute bereits aufgeworfenen Fragen möglichst eingehend abgeklärt werden, damit die zu revidierenden Bestimmungen im Rahmen der PK-Reglementsrevision ab 1. Januar 2011 tatsächlich in Kraft gesetzt werden können. Die EVP/glp-Fraktion gehe mit dem Gemeinderat einig, dass es keinen Sinn mache, zwei PK-Reglemente parallel zu erarbeiten. Aus diesem Grund sollen nach Erachten der EVP/glp-Fraktion die erwähnten Punkte zur Anpassung des PK-Reglementes erarbeitet, analysiert und im Rahmen politischer Instanzen beraten und beschlossen werden.



**Markus Gfeller:** Unter Verdankung der Beiträge aus dem Stadtrat gehe er kurz auf folgende angesprochene Punkte ein:

- Stadtrat Stefan Ryser habe zu seiner Freude die Passage aus dem Expertenbericht: *"Es besteht kein zwingender Handlungsbedarf"* erwähnt. Wer schon einmal einen Bericht eines Beraters gelesen habe, der wisse, dass das soviel heisse wie: *"... eine gesetzliche Grundlage gebe es nicht, womit es nicht zwingend aber doch empfehlenswert sei."*
- Der Deckungsbeitrag der Pensionskasse sei im letzten Jahr unter 100% gefallen. Wer aber die letzten Jahre angeschaut habe, habe festgestellt, dass der Deckungsgrad in den letzten Jahren stetig gesunken sei. Sollte er Ende 2009 über 100% gewesen sein, und in der Hoffnung dass dem auch heute noch so sei, freue ihn das ausserordentlich.

Er denke die Meinungen seien gemacht. Die Wandlung der Motion in die Form des Postulats komme für ihn aber nicht in Frage, weil die Haltung des Gemeinderats klar sei. Auch wenn der Vorstoss als Postulat erheblich erklärt würde, führte dies nur zu Mehraufwand, mit dem schlussendlich niemandem weitergeholfen wäre. In diesem Sinne hoffe er auf Unterstützung und auf die Erheblicherklärung der Motion.

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Im Zusammenhang mit der Kapitaldeckung werde richtigerweise der Begriff "Deckungsgrad" anstelle der heute gefallenen Bezeichnung "Deckungsbeitrag" verwendet.

Wie Stadtrat Beat Sterchi erwähnt habe, müsste bei einem Primatwechsel mit Zusatzkosten/Umstellungskosten von rund Fr. 2,0 bis Fr. 3,5 Mio. gerechnet werden, womit die Frage von Stadtrat Stefan Ryser betreffend die Höhe der einmaligen Kosten bei einem Primatwechsels beantwortet wäre.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Nein gegen 12 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen):**

1. **Die Motion Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: Zukunftssicherung Pensionskasse, wird nicht erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 5. Postulat Köhli Samuel und Grädel-Fankhauser Therese (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2010: Midnight Sports - Prüfung der Einführung offener Turnhallen an jedem Samstagabend für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Paula Schaub-Holt:** Langenthal habe sich im Rahmen des schweizerischen Programms für mehr Bewegung in den Gemeinden "schweiz.bewegt"<sup>1</sup> am 5./6. Mai 2010 bewegt<sup>2</sup> und könnte sich auch im Rahmen von Midnight Sports bewegen...

Die Einführung des Projekts Midnight Sport sei bereits im Jahr 2008 ein erstes Mal vom Verein ToKJo geprüft worden. Im Rahmen des Projektes BELLAngenthal sei das Projekt Midnight Sports noch einmal diskutiert und genauer angeschaut worden. Es habe auch Eingang in den 26 Massnahmen umfassenden Massnahmenkatalog der Projektgruppe BELLAngenthal gefunden, worin es aber vorderhand nicht als vordringliche Massnahme eingestuft worden sei. Das Projekt Midnight Sports werde als sinnvoll erachtet und dessen Entwicklung in Städten, wo es bereits laufe, werde verfolgt.

Der Gemeinderat erachte den Prüfungsauftrag damit als erfüllt. Dass das Postulat bereits geprüft worden sei, lasse sich auch relativ einfach auf der Homepage von Midnight Sports Schweiz ablesen<sup>3</sup>. Dort sei vermerkt: *"Langenthal hat entschieden, dass sie aus Ressourcengründen das Projekt verschieben werden. Es ist noch unklar, ob in Langenthal ein Midnight Projekt gestartet wird."* Es komme selten vor, dass die Prüfung eines Postulats sogar medial dokumentiert sei. Der Gemeinderat beantrage deshalb das Postulat erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

**Samuel Köhli:** Im Jugendleitbild der Stadt Langenthal stehe, dass Langenthal

- Jugendlichen die Möglichkeit biete, selbstverantwortliches Handeln zu üben
- Jugendliche bei der Schaffung von Freiräumen mit Wissen und Infrastrukturen unterstütze
- Jugendlichen vielfältige Treffpunkte ermögliche, wo sie sich angstfrei bewegen können
- präventive Massnahmen zum Schutz der Jugendlichen fördere
- die Koordination von Aktivitäten und Betätigungsmöglichkeiten für Jugendliche fördere.

Die Realität sehe aber leider völlig anders aus. Während besorgte Eltern die Stirne runzeln und alles daran setzen, dass ihre Kinder die Freizeit sinnvoll gestalten und nicht in falsche Kreise geraten, werde im Stadtrat Langenthal nahezu in jeder Sitzung über Videoüberwachung, über Ausgangssperren für Jugendliche, über Repressionen gegen Jugendliche und über zusätzliche Polizeipatrouillen diskutiert. Für ihn und seine Mitpostulantin seien das aber keine präventiven Massnahmen gegen Gewalt und Vandalismus, da Jugendliche mit solchen Methoden in keiner Art und Weise gefördert oder unterstützt werden. Es handle sich dabei um reine Abwehrmassnahmen.

Wie der Stellungnahme des Sozialamtes zu entnehmen sei, würde Midnight Sports dem Jugendleitbild der Stadt Langenthal entsprechen. Midnight Sports würde keine Ressourcen der offenen Kinder- und Jugendarbeit brauchen, weil diese Organisation eigene Ressourcen stelle. Die Stadt Langenthal müsste lediglich Infrastrukturen zu Verfügung stellen und Kosten von Fr. 20'000.00 bis Fr. 25'000.00 pro Jahr tragen. In Langenthal werde aber lieber in teure Überwachungssysteme als in die Jugend- und Gassenarbeit vor Ort investiert.

<sup>1</sup> <http://www.schweizbewegt.ch/index.cfm?id=186>

<sup>2</sup> <http://www.langenthalbewegt.ch/>

<sup>3</sup> [http://www.mb-network.ch/content/index.php?option=com\\_content&task=view&id=34&Itemid=61](http://www.mb-network.ch/content/index.php?option=com_content&task=view&id=34&Itemid=61)



Er sowie seine Mitpostulantin **beantragen deshalb die Erheblicherklärung des Postulats ohne gleichzeitige Abschreibung.**

Er sei überzeugt davon, dass nicht nur die Jugendlichen davon profitieren würden, weil Midnight Sport auch dem Image der Stadt zuträglich wäre. Es gelte nun ein Zeichen im Sinne eines früheren Slogans: "*Langenthal strahlt*" zu setzen, was aber nur ein lebendiges und fröhliches Langenthal könne. Ausserdem gehöre zum Leben auch die Liebe. Dementsprechend fraglich sei, wer schon gerne unter laufenden Kameras schmusen möchte ...

**Therese Grädel-Fankhauser:** Mit grossem Erstaunen habe sie vorhin gehört, dass die Stadt Langenthal bereits vor zwei oder drei Jahren angefragt worden sei, beim Projekt Midnight Sports mitzumachen. Erstaunt sei sie auch darüber, dass und wie damals offenbar Abklärungen gemacht worden seien, da sie als damalige Präsidentin der Elternarbeitsgruppe nie etwas davon erfahren habe. Sie sei davon überzeugt, dass die Elternarbeitsgruppe sogar ehrenamtlich und somit gratis und franko mitgemacht hätte.

Aus den Diskussionen am heutigen Abend habe sie sehr viele problemorientierte Haltungen herausgehört. Das "Rumgrübeln" in der Suppe von Problemen, ohne wirklich weiter zu kommen, gebe ihr persönlich zu denken. Wer nur Problem wälze, könne sich nicht weiterentwickeln. Es gelte nun endlich eine lösungsorientierte Haltung anzunehmen, was natürlich aber nicht ganz einfach und auch nicht gratis sei, aber Nachhaltigkeit enthalten würde.

Für die Jugend könne ihres Erachtens nicht genug gemacht werden. Wer sich mit Prävention schon auseinandergesetzt habe wisse, dass jeder dafür investierte Franken bis 4-fach zurückkomme. Mit der Investition in die Jugend werde in die Freude der Jugendlichen investiert, hier leben zu können und hier bleiben zu wollen, weil sie sich mit Langenthal identifizieren, sich hier wohlfühlen und ihr Beziehungsnetz aufbauen können.

Mit der Erheblicherklärung des Vorstosses - ohne gleichzeitige Abschreibung - bestünde die Möglichkeit ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Jungen zu setzen. Persönlich würde sie sich auch freuen, wenn sie an ihrer Arbeitsstelle in Bern auch einmal darauf angesprochen würde, dass in Langenthal gute Sachen laufen, anstelle hören zu müssen, dass Langenthal braun gefärbt sei, oder dass es in Langenthal Kirchen mit und ohne Türme gebe etc. Sie möchte etwas für die Zukunft tun und sei der Ansicht, dass es dringend nötig sei etwas für die Jugend zu unternehmen.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** ordnet an, dass jedem Stadratsmitglied eine Stimme zustehe um sich für eine der vier Abstimmungsmöglichkeiten zu entscheiden:

- Postulat erheblich erklären mit gleichzeitiger Abschreibung
- Postulat erheblich erklären ohne gleichzeitige Abschreibung
- Postulat nicht erheblich erklären
- Stimmenthaltung

**Pierre Masson, SP/GL-Fraktion:** Gestützt auf Art. 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates stelle er namens der SP/GL-Fraktion den Ordnungsantrag, **in einem ersten Schritt über die Erheblichkeit des Vorstosses abzustimmen, dann in einem zweiten Schritt darüber abzustimmen, ob der Vorstoss - falls er erheblich erklärt werde - gleichzeitig abgeschrieben werden soll oder nicht.**

- **Dem Ordnungsantrag von Pierre Masson, SP/GL-Fraktion wird schweigend zugestimmt.**



### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Köhli Samuel und Grädel-Fankhauser Therese (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2010: Midnight Sports - Prüfung der Einführung offener Turnhallen an jedem Samstagabend für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren, wird erheblich erklärt.**

**Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 16 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 2. Das Postulat Köhli Samuel und Grädel-Fankhauser Therese (beide SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2010: Midnight Sports - Prüfung der Einführung offener Turnhallen an jedem Samstagabend für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren, wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 6. Postulat Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2010: Prüfung der Einführung der KulturLegi auch in Langenthal; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Reto Müller:** Die KulturLegi sei ein Hilfsangebot der Caritas Bern, das Menschen die in Armut leben sozial und kulturell nicht ganz verarmen lassen soll. Mit der KulturLegi könnten Sozialhilfeempfangende und Ergänzungsleistungsbeziehende sowie auch Menschen, die unter dem Existenzminimum leben müssen, eine Karte bzw. ein Pass beziehen, mit dem sie einen besseren Zugang zu kulturellen Veranstaltungen (Sportevents, Zeitungsabos etc.) mit 30-70% Rabatt erhalten. Die Gemeinden zahlen an die Caritas Bern für die Organisation, Publikation und Werbemassnahmen einen Pro-Kopf-Beitrag (für Langenthal total im ersten Jahr Fr. 12'500.00, ab dem zweiten Jahr Fr. 11'250.00). Die Akquisition der Angebote und das Ausstellen der Ausweise sei eine reine Sache der Caritas. Die Vergünstigungen der Angebote würden voll zu Lasten der Anbietenden gehen, die dafür etwas mehr Publikum hätten. Die KulturLegi sei damit kurz erklärt. Weitere Auskünfte und welche Gemeinden in der KulturLegi mitmachen, werde von der Postulantin im Detail erläutert.

Der Gemeinderat plädiere das Postulat nicht erheblich zu erklären, obwohl er in seinen Richtlinien zur Regierungstätigkeit zur Nachhaltigkeitsdimension "9. Gesellschaft und Integration" festhalte: *"Die Stärke einer Gemeinschaft misst sich an der Vielfalt der Erfahrungen und Kompetenzen ihrer Mitglieder. So gesehen ist die Integration eine gesamtstädtische und bereichernde Aufgabe. Dabei geht es nicht vorwiegend um die Eingliederung und das Einfügen ausländischer Mitmenschen in die Gemeinschaft, sondern vielmehr um die Partizipation aller Menschen, seien es psychisch Kranke, Behinderte, junge und ältere Menschen, religiöse Minderheiten oder Erwerbslose an der Gesellschaft. Sie alle sollen einfachen Zugang zu Bildung, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben finden, ...."*

Der Gemeinderat habe dieser Richtlinie sehr viel Augenmerk geschenkt. Beispielsweise sei in dieser Legislatur das Projekt "Schrittweise"<sup>1</sup> von Interunido unterstützt worden. Weiter sei in Sachen Integration auch das Projekt B4<sup>2</sup> unterstützt worden.

Der Gemeinderat lehne die Prüfung des Systems KulturLegi mehrheitlich ab, weil er der Meinung sei, dass die bisherigen Auszahlungen nach SKOS-Richtlinien sowohl im Bereich der Ergänzungsleistungen als auch der wirtschaftlichen Sozialhilfe bereits einen Freibetrag vorsehen, über den die Beziehenden frei verfügen können. Damit sollten die Fälle kultureller und weiterer durch die Sozialhilfe nicht vorgesehenen Leistungen abgedeckt sein. Aus diesem Grund bestehe keine Notwendigkeit weitere separate Vergünstigungen vorzusehen. Wenn überhaupt, müsste die Berechnungsgrundlage der schweizerischen Sozialwerke (SKOS-Richtlinien) angepasst werden, weil alles andere einer Systemabweichung gleichkäme. Auch gelte es sich zu überlegen, ob für diese Situation wirklich die Stadt oder der Staat angerufen werden müsse, da es vielleicht die eine oder andere Landeskirche gäbe, die einen finanziellen Beitrag leisten würde. Persönlich erlaube er sich zudem darauf hinzuweisen, dass im Parlament 47 Politiker und Politikerinnen sitzen, womit der Beitrag pro Kopf Fr. 266.00 betragen würde (12'500 : 47 = 266).

<sup>1</sup> "Schrittweise" zielt auf die Integration von ausländischen Kindern und Eltern und sei ein Förderprogramm für Vorschulkinder. Eine Hausbesucherin gehe wöchentlich 30 - 60 Minuten zu den Familien und bringe ihnen ein neues Buch, ein neues Spiel oder eine Spielidee mit und führe diese ein.  
[http://www.interunido.ch/cms/upload/files/Infos\\_zu\\_schrittweise\\_Langenthal\\_sept09.pdf](http://www.interunido.ch/cms/upload/files/Infos_zu_schrittweise_Langenthal_sept09.pdf)

<sup>2</sup> Pilotprojekt des Blauen Kreuzes bietet insbesondere Sucht- und Alkoholberatung an.  
<http://www.blaueskreuzbern.ch/angebote1/nachsorge/b4-langenthal.html>



**Nadine Masshardt, SP/GL-Fraktion:** Einleitend halte sie fest, dass nicht die Einführung der KulturLegi<sup>1</sup> zur Diskussion stehe, sondern lediglich deren Prüfungsauftrag. Die kulturelle Integration von weniger begüterten Bevölkerungsschichten sei für einen funktionierenden Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig. Im Kanton Bern sei jede zehnte Person von Armut betroffen. Für 90'000 Bernerinnen und Berner und für zirka 1'400 Langenthalerinnen und Langenthaler sei es finanziell nicht, oder fast nicht möglich ein Konzert, ein Match oder ein Theater zu besuchen. Die von Armut betroffenen Menschen würden oft sehr isoliert leben. Die KulturLegi würde es solchen Menschen ermöglichen auch in kulturellen Bereichen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das Dank dem günstigen Zugang zu sozialen, kulturellen und sportlichen Anlässen. Es gehe aber nicht um Gratis-Eintritte. Wer von der KulturLegi profitieren möchte oder wolle, müsse immer auch noch für einen grossen Teil der Eintrittskosten selber aufkommen. Wer beispielsweise die BZ den Bund oder den Tagesanzeiger abonnieren möchte, müsste immer noch 70% der Kosten selber bezahlen. Die BZ und der Bund gewähre eine Erleichterung von 30%.

Die KulturLegi würde der Vereinsamung entgegenwirken und helfe, Dank dem Zugang zu Bildungsangeboten, die beruflichen Chancen zu verbessern. Und nicht zuletzt würden damit auch Kinder von einer aktiven und sinnvollen Freizeitgestaltung profitieren können. Die gemachten Erfahrungen mit der KulturLegi in anderen Gemeinden seien durchaus positiv. Die inzwischen 14 Gemeinden (Bern, Biel, Bremgarten, Frauenkappelen, Heimberg, Hilterfingen, Kirchlindach, Köniz, Muri, Oberhofen, Spiel, Thierachern, Thun, Urtenen-Schönbühl) welche die KulturLegi eingeführt haben, hätten auch nicht das Gefühl, dass die Einführung "systemfremd" sei. Im Weiteren werde im Moment mit 11 Gemeinden Verhandlungen (Aarberg, Belp, Brügg, Langnau, Lyss, Münsingen, Nydau, Ostermundigen, Seedorf, Steffisburg, Zollikofen) geführt, die die KulturLegi ab nächstem Jahr einführen möchten.

Die Erfahrungen der KulturLegi-Gemeinden zeigen, dass die Karten der KulturLegi auch tatsächlich genutzt werde. 60% der dazu Berechtigten würden davon Gebrauch machen. Von Einzelpersonen werde die KulturLegi zirka 3x pro Monat gebraucht; primär für Bildungs- und Kulturangebote. Familien würden rund 4x davon Gebrauch machen; häufig für Kinobesuche für Freizeitanlagen und für Bibliotheken.

Die KulturLegi habe 250 Angebotspartner im Kanton Bern, welche von Neukundinnen und Neukunden profitieren können, die aus finanziellen Gründen ohne KulturLegi kaum oder seltener den Weg zu diesen Institutionen finden würden. Die KulturLegi sei also nicht - wie hin und wieder suggeriert werde - eine Aufstockung der Sozialhilfe. Wenn dem so wäre, könnte man ja einfach die entsprechenden Kredite heraufsetzen - was aber nicht Zweck und Ziel der Sache wäre.

Die KulturLegi koste die Gemeinde pro Nutzerin oder Nutzer - gemäss der KulturLegi-Geschäftsstelle - zirka Fr. 45.00 jährlich. Wenn die Gemeinde diesen Beitrag zusätzlich auszahlen würde, könnte die Benutzerin oder der Benutzer vielleicht 2,5x ins Kino oder knapp 7x ins Hallenbad gehen. Mit der KulturLegi könnte ein Benutzender beispielsweise jede Woche zum halben Preise in die Badi gehen, er müsste aber vom knappen persönlichen Budget den anderen Teil selber bezahlen. Die Fr. 45.00 würden somit auch ausschliesslich für kulturelle und sportliche Aktivitäten und nicht für zusätzliche Zigaretten-Päckli oder 7 Gläser Bier eingesetzt.

Nach Ansicht der SP/GL-Fraktion und der JUSO sei es an der Zeit, dass Langenthal zumindest die Einführung der KulturLegi ernsthaft prüfe. Die SP/GL-Fraktion wünsche sich Bürgerinnen und Bürger, die aktiv am kulturellen und sportlichen Leben teilhaben können und sich nicht isoliert in den eigenen vier Wänden vor dem Fernseher unterhalten müssen. Sie bitte deshalb das Postulat erheblich zu erklären und damit den Prüfungsauftrag zu überweisen. Der Gemeinderat könne nach erfolgter Prüfung dann immer noch selber entscheiden, ob die KulturLegi eingeführt werden soll oder nicht.

---

<sup>1</sup> [www.kulturlegi.ch/bern](http://www.kulturlegi.ch/bern)



**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Namens der SVP-Fraktion wolle er keine sozialpolitische Debatte über Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit Verfassungsgrundsätzen, Eigenverantwortung, Subsidiarität, Armut und soziale Ausgrenzung lancieren. Diskussionen dieser Art seien richtigerweise auf nationaler oder allenfalls auf kantonaler Ebene zu führen.

Die SVP-Fraktion lehne das Postulat klar und einstimmig ab. Die SVP-Fraktion wolle die KulturLegi nicht, weil Langenthal diese schlicht und ergreifend aus folgenden Gründen nicht brauche:

- Die Berechnungsgrundlagen der Sozialwerke seien so ausgestaltet, dass neben den vitalen Grundbedürfnissen auch ein Teilhaben am sozialen und kulturellen Leben möglich sei. Das bestehende Regime funktioniere mit dem nicht all zu grossen aber vollkommen ausreichenden dafür geschaffenen Freiraum.
- Die SVP-Fraktion erachte das soziale Engagement (Gesamtpaket) der Stadt Langenthal als nicht unbedeutend. Mit der Tagesschule, der am heutigen Abend bereits vom Parlament zugestimmt worden sei, werde das Angebot um ein weiteres Element erweitert.
- Die KulturLegi sei Wunschbedarf und Wunschbedarf sei klar mit privater Initiative und Engagement abzudecken.
- In Langenthal bestehe ein tolles, preiswertes und hochstehendes Angebot für sportliche und kulturelle Anlässe sowie für Institutionen. Eine zusätzliche Unterstützung für Besuche von auswärtigen und teuren Institutionen wie beispielsweise das KKL in Luzern oder ein YB-Match im Stade de Suisse in Bern werde nicht gebraucht. Ein Eintritt für ein Spiel des Fussballclubs Langenthal (inkl. Tribünenplatz, Bratwurst und Bier) sei immer noch günstiger als ein subventionierter YB-Match. Auch in Langenthal könne ein Spitzenspiel gesehen werden und man könne ebenfalls soziale Kontakte mit Leuten pflegen, die man kenne.

Die SVP-Fraktion vertrete auch die Meinung, dass Sozialhilfeleistungen - falls diese nicht mehr zeitgemäss sein sollten - in den dafür verantwortliche Gremien diskutiert werden sollten. Die SVP-Fraktion empfehle das Postulat im Sinne einer verantwortungsvollen Politik abzulehnen.

**Patric Oppong, FDP/jll-Fraktion:** In der FDP/jll-Fraktion habe keine lange Diskussion stattgefunden, weil keine Notwendigkeit darin gesehen werde, nebst den vom Sozialamt berechneten Leistungen weitere separate Vergünstigungen vorzusehen. Die FDP/jll-Fraktion vertrete grossmehrheitlich die Meinung des Gemeinderates und werde für die Nichterheblicherklärung des Postulats stimmen.

**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Die Teilnahme am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben aller Menschen sei für die gesamte Gesellschaft sehr wichtig. Sozialhilfeempfangende oder Bezüger von Ergänzungsleistungen sollen nicht nur vor dem Fernsehapparat sitzen müssen. Wichtiger sei, dass sie auch in der Gesellschaft, in der Kultur und im Sport ihren Platz finden. Stadträtin Nadine Masshardt fordere mit ihrem Postulat die Prüfung der KulturLegi als sinnvolle Massnahme.

Dass der Gemeinderat nicht einmal bereit ist, eine sinnvolle Massnahme, wie es die KulturLegi sei, zu prüfen, habe die EVP/glp-Fraktion erstaunt. Immerhin handle es sich bei der KulturLegi um eine zielgerichtete Kulturförderung einer bestimmten Gruppe. Der Gemeinderat argumentiere zwar formal korrekt, dass er Bezüger von Ergänzungsleistungen nicht noch zusätzlich subventionieren wolle, berücksichtige dabei aber nicht, dass in Langenthal wahrscheinlich mit einer erheblichen Anzahl von Interessenten für die KulturLegi zu rechnen wäre. Die EVP/glp-Fraktion frage sich auch, wie ernst es der Gemeinderat mit den eigenen Richtlinien der Regierungstätigkeit eigentlich nehme.

Die EVP/glp-Fraktion gehe davon aus, dass Stadträtin Nadine Masshardt nicht beabsichtige, mit der KulturLegi grosse Neuausgaben für die Stadt zu generieren. Es wäre ja auch Inhalt eines Prüfauftrages zu klären, ob sich sogar Sponsoren für die KulturLegi finden liessen oder ob die KulturLegi gar privat organisiert werden könnte. In der Stadt Winterthur hätten die Hilfswerke HEKS und Caritas bei der Sponsorensuche mitgeholfen. Die staatlichen Institutionen würden dort also nicht durch finanziellen Mehraufwand belastet. In Zürich bestehe sogar ein privater Trägerverein für die KulturLegi.



## Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

Mit der Einführung einer Kulturlegi würden also die staatlichen Kosten nicht unbedingt vergrössert. Auch auf der Seite der Kulturinstitutionen in Langenthal wäre bei der Einführung einer KulturLegi nicht mit grossen Kosten zu rechnen. Praktisch ginge es wahrscheinlich nur um eine Verbilligung der Eintritte ins Stadttheater. Die anderen Kulturinstitutionen seien entweder bereits gratis oder so kostengünstig, dass eine zusätzliche Verbilligung keinen Sinn machen würde.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig, weil sie der Meinung sei, dass die KulturLegi geprüft werden soll und die Stadt mit dem Prüfungsauftrag noch nichts vergebe. Es gehe darum, einkommensschwachen Personen die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund, dass die wirtschaftliche Lage noch immer nicht sehr gut sei und die Arbeitslosigkeit immer noch hoch sei, sei die Massnahme im Sinne der KulturLegi gut nachvollziehbar.

**Florinda Wallkamm-Mauricio:** Aus den Voten stelle sich ihr die Frage, wer an diejenigen denke, die keine Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe beziehen, die aber plus/minus immer ein paar Franken eben genau unter diese Limite fallen und dadurch nie in den Genuss von irgendwelchen Vergünstigungen kommen können - sei es nun bei Mehrausgaben oder bei ausserordentlichen Kosten im medizinischen Bereich oder auch bei anderen ausserordentlichen Kosten, die einer sozialhilfeunterstützten Person jederzeit zustehen.

**Stefan Ryser:** Seiner Meinung nach seien zwei Aspekte vorhanden. Der finanzielle sei der eine, den er vorweg ausräumen möchte. Da Langenthal Fr. 1,5 Mio. für die Kanalisation, oder - um ein anderes Geschäft zu nennen - Fr. 2,8 Mio. für das KV habe einsetzen können, gehe er davon aus, dass es an den Finanzen nicht scheitern könne. Die angesprochenen Sozialwerke seien der zweite Aspekt. Dazu würden Gesetze und Vorgaben bestehen. Er persönlich schaue das Geschäft anders an. Es gehe doch darum, betroffenen Personen zu zeigen, dass man sie in der Gesellschaft wolle und nicht darum, diesen einmal einen "Fünfliber" geben zu müssen, damit sie einmal auf den Fussballplatz gehen können oder ihnen vermutlich noch vorzuschreiben, wohin sie für die Konsumation von Kultur zu gehen haben. Mit der KulturLegi bestünde die Möglichkeit zu sagen: *"Jawohl, du gehörst auch zur Gesellschaft!"*

**Markus Gfeller:** Wie bereits erwähnt worden sei, gebe es viele kulturelle Angebote gratis. Es gebe viele sportliche Sachen, die gratis seien, namentlich Veranstaltungen von Vereinen, die diese ohne Eintritte durchführen. Die Spiele des Handballvereins beispielsweise können jederzeit ohne Eintritt zu bezahlen, besucht werden. Ohne einen Franken in die Finger zu nehmen, können - zumindest von der Stadtmusik - Konzerte besucht werden. Und selbst an der Fasnacht seien die meisten Anlässe wie beispielsweise der Kinderumzug oder der Montag Abend gratis. Persönlich sehe er deshalb keinen Grund, weitere Verbilligungen geben zu müssen. Der Gemeinderat habe zudem ausführlich dargelegt, dass er das Anliegen weitestgehend bereits geprüft habe.

**Nadine Masshardt:** Sie würde es als komische Symbolik erachten, wenn man nicht einmal bereit wäre, die vermehrt genannten Richtlinien der Regierungstätigkeit, die genau die Partizipation aller Menschen in sämtlichen gesellschaftlichen Schichten thematisiere, herbeizuziehen. Nicht einmal prüfen zu wollen, wie die KulturLegi ausgestaltet werden könnte, sende ihrer Meinung nach ein falsches Signal aus. Die KulturLegi lasse sich verschieden ausgestalten. Wie das in der Stadt Bern der Fall sei, könnten auch Kirchen oder die Burgermeinde dabei mitwirken. Es heisse somit nicht, dass die allfälligen Kosten von der Stadt Langenthal allein getragen werden müssten.

Auch sei das Anliegen als Wunschbedarf bezeichnet worden. Sie denke, durch die Tatsache, dass bis 2011 vielleicht 25 Gemeinden die KulturLegi eingeführt haben werden, diese Ansicht widerlegt werde. Es sei ein wirkliches Bedürfnis von einem gewissen Teil der Bevölkerung und von Menschen, die von der KulturLegi profitieren wollen und dadurch auch bereit seien, einen Beitrag an eine funktionierende Gesellschaft mit einem guten Zusammenhalt zu leisten.



Weiter sei - sicher berechtigt - angetönt worden, dass im Stadtrat sehr viel Geld (für Wichtigeres oder vielleicht auch für weniger Wichtiges) gesprochen werde. An dieser Stelle denke sie an die zum Traktandum Nr. 3<sup>1</sup> geführte Diskussion. Sie habe das Postulat und somit den Auftrag zur Überprüfung von Videokameras an neuralgischen Punkten persönlich unterstützt. Wie gehört würde die Installation einer Kamera Fr. 10'000.00 bis Fr. 15'000.00 (inklusive Betrieb) kosten. Dementsprechend stelle sich ihr schon die Frage, wo die Werhaltung anzusiedeln sei, da der Prüfung betreffend den Einsatz von Kameras klar zugestimmt worden sei, wogegen das Anliegen der KulturLegi, mit welcher die Integration gesellschaftlicher Schichten ins kulturelle, sportliche und soziale Leben gefördert werden könnte, aber nicht einmal geprüft werden soll.

**Gemeinderat Reto Müller:** Der Gemeinderat habe via Sozialamt eine Antwort erhalten wollen, worum es sich überhaupt handle. Nach einem Anruf bei der Caritas habe er ein ganzes Dossier erhalten, worin eigentlich schon alle Antworten auf die Fragen enthalten seien, die eigentlich zuerst hätte geprüft werden sollen. Daraus ergebe sich nun schon fast eine vom Gemeinderat zum Stadtrat abweichende Glaubensfrage abzuwägen, was eine Prüfung eines Postulats eigentlich noch soll, wenn schon alles klar sei und die Kompetenz zur Umsetzung des Anliegens nach erfolgter Prüfung so wie so beim Gemeinderat liege.

Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio habe das Existenzminimum angesprochen. Gemäss Caritas werde das Angebot jeweils so abgerundet, dass ungefähr 10% der schweizerischen Bevölkerung in den Genuss einer solchen KulturLegi käme, was vermutlich auch in Langenthal der Fall wäre. Sozialhilfebeziehende, Ergänzungsleistungsbeziehende, und aufgerundet diejenigen, die unter dem Existenzminimum leben, würden berücksichtigt.

Wie bereits eingangs erwähnt, würden die mit der KulturLegi verbundenen Neuausgaben Fr. 12'500.00 im ersten Jahr und ab dem Folgejahr Fr. 11'250.00 betragen. Natürlich wäre auch eine private Trägerschaft möglich, die es allerdings zu suchen gelte, was aber vielleicht nicht unbedingt zu den Aufgaben der Stadt gehören müsse.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Das Postulat Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2010: Prüfung der Einführung der KulturLegi auch in Langenthal, wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> Postulat (umgewandelte Motion) Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum"



## 7. Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Park and Charge" (Ladestation für Elektromobile); Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderätin Christine Bobst:** Der Gemeinderat sei im Sinne des der Stadt Langenthal verliehenen Qualitätslabels "Energierstadt" und der "Richtlinien für die Regierungstätigkeit 2009 - 2012" bereit, die Vor- und Nachteile der Idee "Park and Charge" zu prüfen und sorgfältig abzuwägen. Dabei soll auch die Organisation, die Struktur und die Verlässlichkeit von "Park and Charge" genau unter die Lupe genommen werden. Aus diesen Gründen beantrage der Gemeinderat die Erheblichklärung des Postulats.

**Pierre Masson, SP/GL-Fraktion:** CO<sub>2</sub>-neutral, ökologisch nachhaltig, klimafreundlich seien Adjektive, die man in den Medien lesen und höre, weshalb man sich natürlich inzwischen etwas darunter vorstellen könne. Heute Abend bestehe die Chance, aktiv etwas für die Umwelt zu tun. Mobilität sei aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. In den letzten paar Wochen habe sich gezeigt, was es heisst, wenn Mobilität wegen der Aschewolke des Eyjafjallajökull Vulkans eingeschränkt werde. Der Wunsch nach Mobilität dürfe, könne oder solle nicht eingeschränkt werden und dennoch müsse ein Umdenken in die Richtung eines ökologisch nachhaltigen, massenfähigen Verkehrs stattfinden.

Mit dem Prüfungsauftrag würden die Bestrebungen des Park-und-Charge-Systems unterstützt, ein möglichst engmaschiges Netz von Elektrotankstellen zu realisieren, womit man dem Ziel und dem Wunsch nach einer ökologischen Mobilität etwas näher käme. Die Park-and-Charge-Idee sei zugegebenermassen nicht neu. Die nächsten Stationen würden sich seines Wissens in Oftringen und im Wasen befinden. Diesbezüglich sei Langenthal und Umgebung als absolut jungfräulich zu bezeichnen.

Wer in den letzten paar Wochen die Zeitungen aufmerksam gelesen habe, habe darin brisante Artikel über angelaufene Tests mit Diesel- oder Storm-Hybrid-Postautos; über Mobilität aus der Steckdose; über den Verkauf und die Vermietung von Elektrofahrzeugen ab Herbst durch die Migros; über Projekte mit Tourismusbehörden, die solche Fahrzeuge den Touristen vermieten; etc. gefunden. Für Langenthal als Energierstadt sei es an der Zeit auf diesen Zug aufzuspringen, um nicht irgendwann auf dem Abstellgleise zu stehen.

Von der SP/GL-Fraktion werde das Postulat einstimmig unterstützt.

**Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig. Aus technischer, politischer, ökologischer und ökonomischer Sicht würden alle Zeichen auf Elektromobilität stehen. Beispiele:

- Die deutsche Bundeskanzlerin, Frau Angela Merkel, habe die Förderung von Elektromobilität zur Chefsache erklärt.
- Das Vorhaben der Migros (Miete und Verkauf von Elektrofahrzeugen) sei von Stadtrat Pierre Masson bereits erwähnt worden.
- Am letzten Freitag, 7. Mai 2010, habe die Firma TEXX-ENERGY eine weitere Stromtankstelle mit 400 Volt-Technik, was Ladezeiten unter einer Stunde erlaube, an der Autobahnraststätte Grauholz eingeweiht.

Spätestens mit der bevorstehenden Markteinführung von alltagstauglichen Plug-in Hybrid-Fahrzeugen und Elektroautos mit Range Extender von namhaften Automobilkonzernen werde die Elektromobilität boomen. Die Abhängigkeit von unberechenbaren Rohstofflieferanten, die stetig steigenden Treibstoffpreise und die traurige Bilanz der zunehmend risikoreichen Erdölförderung werden diesen Trend weiter beschleunigen.



Der Vorteil der Elektromobilität liege auf der Hand. Die Energieeffizienz sei zirka doppelt so hoch, wie bei den Verbrennungsmotoren. Es werde kein Feinstaub und kein CO<sub>2</sub> und weniger Lärm produziert. Der Mehrbedarf an Strom für eine Million Elektrofahrzeuge in der Schweiz würde selbst bei konservativen Berechnungen weniger als 10% betragen. Natürlich seien Elektrofahrzeuge nur so grün, wie der Strom, mit dem sie betrieben werden. Die Förderung von erneuerbaren Energien sei deshalb unabdingbar. Immerhin stehe die Schweiz mit ihrem Strommix relativ gut da.

Die EVP/glp-Fraktion rege an, den Prüfungsantrag im Sinne einer Evaluation auch von anderen technischen Systemen (beispielsweise: Solartankstellen oder 400-Volt-Tankstellen) zu erweitern. Zusammenfassend halte er im Namen der EVP/glp-Fraktion fest, dass abgesehen vom positiven Image, das damit ausgestrahlt würde, die Energiestadt Langenthal damit in eine sinnvolle und vielversprechende Zukunft investieren könnte.

**Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion unterstütze das Postulat. Auf der Park-and-Charge-Landkarte sei Langenthal noch ein weisser Fleck. Einer Zentrumsstadt würde es gut anstehen, wenn das Manko mit öffentlichen Standorten in Zukunft abgedeckt würde.

**Albert Schaller, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe nichts gegen alternative Antriebsformen, da diese zweifellos die Zukunft prägen werden. Die SVP-Fraktion sei jedoch hauptsächlich aus zwei Gründen gegen das Postulat:

- Nach Meinung der SVP-Fraktion könne es nicht Aufgabe einer Kommune sein, dafür zu sorgen, dass der Individualverkehr mit Benzin, Diesel, Gas oder Strom versorgt werde. Die Stadt bediene ja auch keine Tankstellen. Diese Art der Versorgung könne getrost den Elektrizitätswerken, den Arbeitgebern oder privaten Initianten überlassen werden.

Die Höhe der Investition sei sicher nicht massgebend. Informationen zufolge würde so ein Standmodell mit drei Anschlüssen, ohne Zuleitung, zirka Fr. 2'000.000 kosten. Die SVP-Fraktion stelle sich allerdings die Frage, wer denn die raren Parkplätze zur Verfügung stellen wolle, wenn man bedenke, dass die Ladezeit und Standzeit eines solches Fahrzeuges im Moment noch mehrere Stunden dauere.

- Nach Ansicht der SVP-Fraktion stelle sich auch die Frage nach dem Bedürfnis, da vor Allem Hybrid- und nicht Elektrofahrzeuge boomen, womit das Bedürfnis nach öffentlichen Stationen im Moment nicht bestehe. Vor Jahren sei im Shoppyländchen eine solche Station eröffnet worden, welche mittlerweile wegen Nicht- und Missbrauch sang- und klanglos eingegangen sei. Es entspreche nicht der Realität, wenn der Postulant das Gefühl habe, dass Einkaufende nach Langenthal kommen, nur weil sie ihre Fahrzeuge hier aufladen könnten. Die Reichweite von reinen Elektrofahrzeugen betrage heute rund 100 Kilometer. Weiter sei erwiesen, dass 95% aller Ladungen zu Hause oder am Arbeitsplatz gemacht werden. Ergänzend gelte es festzuhalten, dass es in Bützberg zwei und in Madiswil bereits eine Ladestation gebe.

**Helena Morgenthaler:** Heute sei im Radio DRS1, Regionaljournal Aargau-Solothurn, folgende Meldung mehrmals ausgestrahlt worden: *"Die ABB Baden hat auf dem Brown Boveri Platz in Baden eine Gratistankstelle errichtet und niemand geht hin"*. Vor Monaten habe die ABB eine Zapfstelle aufgestellt, die bisher praktisch nie benutzt worden sei. Die Stadt Baden sei ähnlich gross wie Langenthal. Der Kanton Aargau habe 650'000 Einwohner und habe 12 Elektrofahrzeuge (vor 20 Jahren seien es noch deren 50 gewesen) und 1'200 Hybridfahrzeuge immatrikuliert. Wie am Radio heute bereits mehrmals gesagt worden sei, würden die Hybridfahrzeuge aber nicht an die Stromtankstellen gehen, weil diese ihre Batterie während der Fahrt mit Hilfe des anderen Treibstoffs aufladen. Zu bedenken gelte auch, dass der Strom nicht aus der Steckdose komme, weil er irgendwo anders produziert werden müsse. Es gelte diesen Prüfungsauftrag den in der Verwaltung Zuständigen zu ersparen, damit die Ressourcen für andere Aufgaben genutzt werden können.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

**Pierre Masson:** Er danke für die eingebrachten Punkte, von denen er drei aufgreifen wolle:

- In seiner Lehrzeit habe er gelernt, woher Strom komme.
- Was die Anzahl der Parkplätze betreffe, so halte er fest, dass es sich lediglich um einen oder zwei handeln würde. Im Zusammenhang mit den eingangs erwähnten Presseartikeln habe er das Gefühl, dass die Stadt beispielsweise zusammen mit der Migros ganz gut etwas machen könnte.
- Bezugnehmend auf das Bedürfnis, sei er der Meinung, dass wer die Literatur über Elektrofahrzeuge etwas studiert habe sehe, dass viele (auch europäische) Automarken mit reinen alltagsgebräuchlichen Elektrofahrzeugen auf den Markt kommen, womit das Bedürfnis nach Tankmöglichkeiten in Kommunen sicher riesig werde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Park and Charge" (Ladestation für Elektromobile), wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 8. Information zur Schulraumplanung; Erläuterungen zum Bericht der Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG "Schulraumentwicklung Schulanlagen Stadt Langenthal, Szenarien und Synthesekonzept" vom 19. Februar 2010; Start des Vernehmlassungsverfahrens

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass es sich bei diesem Traktandum um eine reine Information des Gemeinderates zur Raumplanung der städtischen Schulanlagen handle. Nach einer Einleitung zum Thema von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini, der Ressortvorsteherin Bildung und Jugend, werde Herr Cédric Perrenoud den von der Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG verfassten Bericht zur Schulraumplanung erläutern. Im Anschluss an den Vortrag könne weder Antrag gestellt werden, noch sei eine Diskussion vorgesehen. In den nächsten Tagen werde ein Vernehmlassungsverfahren dazu gestartet.

**Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini:** Ein vor drei Jahren passiertes Unglück habe den eigentlichen Ausschlag zur heutigen Schulraumplanung gegeben. Wie Stadtratspräsident Christoph Kuert bereits erwähnt habe, werde das zur Schulraumentwicklung der Schulanlagen der Stadt Langenthal von der Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG ausgearbeitete Szenarien- und Synthesekonzept von Herrn Cédric Perrenoud im Anschluss an ihre Einleitung vorgestellt.

Der Kindergarten hinter dem Schulhaus K1 habe in der Nacht vom Samstag auf Sonntag (16. auf den 17. Juni 2007) gebrannt. Personen seien dabei keine zu Schaden gekommen. Der Pavillon habe aber abgebrochen werden müssen. Zuerst sei ein einfacher und gleichwertiger Ersatzbau geplant gewesen. Bei der Planung dieser Baute seien aber immer mehr Wünsche an die Belegung angemeldet worden (von einer Unterkellerung für die Archivierung bis hin zur Schaffung von Räumen für die Jugendarbeit), weshalb der Gemeinderat den Fachbereich Bildung mit dem Grossauftrag betraut habe, ein umfassendes Projekt für den Schulraumbedarf in Langenthal zu erarbeiten. Die Bildungslandschaft sei heute einem starken Wandel unterzogen. Der Gemeinderat habe deshalb die Chance wahrgenommen ein Schulraumkonzept erarbeiten zu lassen.

Es würden nun zwei faszinierende Berichte vorliegen, die detailliert Auskunft über die Langenthaler Bildungsinstitutionen geben. Der erste Bericht sei eine umfassende pädagogische, funktionale Raumanalyse über jedes Schulzimmer und jeden Kindergarten (datiert 28. Oktober 2009). Der zweite Bericht enthalte verschiedene Szenarien (datiert 19. Februar 2010). Der Gemeinderat werde nun eine Vernehmlassung durchführen, um die politischen Meinungen darüber einzuholen, wohin sich die Schulen, die Schulangebote und die Schulandschaft in Langenthal in den nächsten paar Jahren hinbewegen sollen. Soll es ein Oberstufenzentrum geben? Sollen die Kindergärten in die Nähe der Schulhäuser kommen, oder sollen sie weiterhin in den Quartieren bleiben? Fragen dieser Art gelte es zu klären. In den vorgestellten Szenarien werde aufgezeichnet, welche Bauten gebraucht würden, abhängig davon, welche Lösung gewählt werde.

Den Stadträtinnen und Stadträten werde der Bericht der Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG "Schulraumentwicklung Schulanlagen Stadt Langenthal, Szenarien und Synthesekonzept" vom 19. Februar 2010 in den nächsten Tagen zusammen mit dem ausgearbeiteten Fragebogen per Post zugestellt. Im Internet seien beide Berichte (auch der Bericht über die Raumanalyse vom 28. Oktober 2009) und der Fragebogen aufgeschaltet<sup>1</sup>. Die Eingabefrist laufe bis am 28. Juni 2010. In Namen des Gemeinderates rufe sie dazu auf, von der Vernehmlassung Gebrauch zu machen, und die Thematik in den Fraktionen zu besprechen.

---

<sup>1</sup> <http://www.langenthal.ch/de/bildung/schulraumentwicklung/>



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

**Cédric Perrenoud, Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG:** Die Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG danke bestens, den Schlussbericht (im Wesentlichen den zweiten Teil davon) heute Abend mittels der dafür vorbereiteten Power-Point-Präsentation vorstellen zu dürfen.

stadtlangenthal



## Schulraumentwicklung Schulanlagen Stadt Langenthal

Präsentation vor dem Stadtrat, 10. Mai 2010



Präsentation Stadtrat | 10. Mai 2010 | PEC-UMA

Basler & Hofmann

### Team Langenthal



Urs Maurer  
Experte  
Schulraumentwicklung



Felicitas Sprecher-Mathieu  
Expertein Pädagogische  
Aspekte



Cédric Perrenoud  
Projektleitung

Dr. Dipl. Arch. ETH  
Eidg. dipl. Turn- & Sportlehrer

Sekundarlehrerin phil. I, Eidg. FA  
Baubiologie/Bauökologie SIB

Dipl. Arch. ETH

2

Basler & Hofmann

### Pädagogisch - funktionale Raumanalyse



- \_ Schlussbericht vom 28.10.2009
- \_ Analyse der Kindergärten
- \_ Analyse der Schulen

3

Basler & Hofmann

### Szenarien und Synthesekonzept



- \_ Schlussbericht vom 19. Februar 2010

- \_ Schulen
  - \_ Szenario A - Entflechtung
  - \_ Szenario B - Arrondierung
  - \_ Szenario C - Pragmatismus
  - \_ Szenario D - Zusatzszenario
- \_ Kindergärten
  - \_ Szenario E - Konzentration
  - \_ Szenario F - Dezentralisierung
  - \_ Szenario G - Mischformen

4

Basler & Hofmann

### Nutzwert - Analyse



5

Basler & Hofmann

### Bewertungsschwerpunkte

- \_ Für Schulen und Kindergärten
  - \_ Pädagogische Aspekte
  - \_ Planerische Aspekte
  - \_ Kosten / Betrieb
  - \_ Risiken / Chancen

6

Basler & Hofmann



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

## Pädagogische Aspekte

### Schulen

- Gleichwertigkeit schulisches Angebot
- Identifikationspotential
- Umsetzbarkeit Tagesschulangebot
- Basisstufentauglichkeit

### Kindergärten

- Pädagogischer Wert der Gebäude und der Aussenräume über alle Standorte
- Basisstufentauglichkeit
- Pädagogischer Wert der Quartiere über alle Standorte
- Umsetzbarkeit Tagesschulangebot

## Planerische Aspekte

### Schulen

- Potential für Klarheit des räumlichen Leitbildes hinsichtlich eines Masterplanes
- Schulwegdistanzen
- Eignung bestehende Bausubstanz

### Kindergärten

- Schulwegdistanzen
- Eignung bestehende Bausubstanz

7

Basler & Hofmann

8

Basler & Hofmann

## Kosten und Betrieb

### Schulen

- Investitionskosten
- Betriebliche Folgekosten

### Kindergärten

- Investitionskosten
- Betriebliche Folgekosten
- Grösse Betriebseinheit

## Risiken und Chancen

### Schulen

- Realisierungschance

### Kindergärten

- Realisierungschance
- Sicherheit

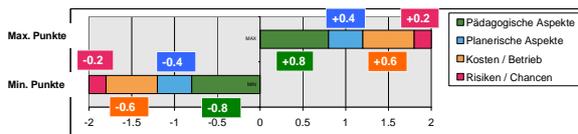
9

Basler & Hofmann

10

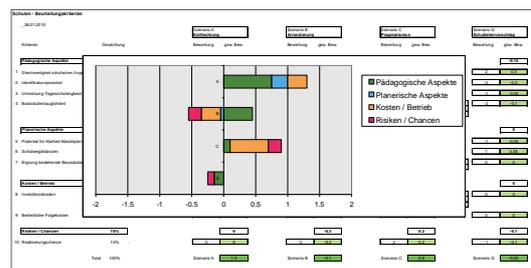
Basler & Hofmann

## Bewertungseinheiten und Gewichtung



- Pädagogische Aspekte 40%
- Planerische Aspekte 20%
- Kosten / Betrieb 30%
- Risiken / Chancen 10%

## Methodik:



11

Basler & Hofmann

12

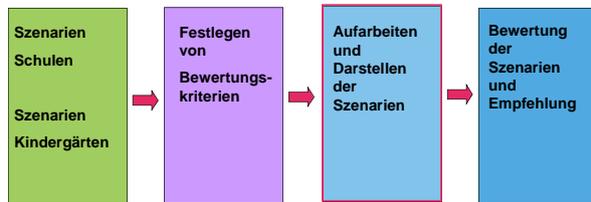
Basler & Hofmann



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

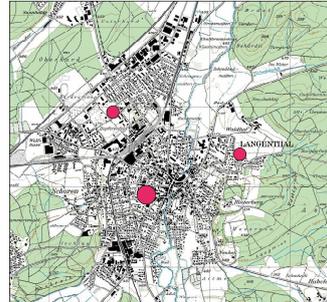
## Nutzwert - Analyse



13

Basler & Hofmann

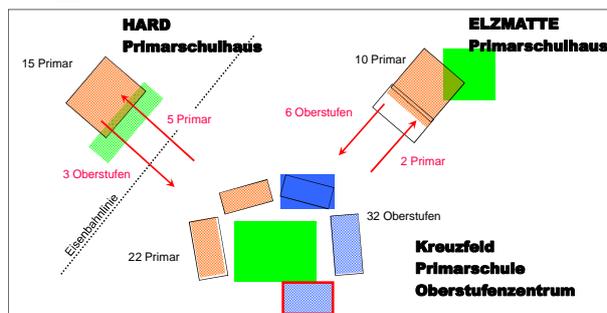
## Übersicht Schulen



14

Basler & Hofmann

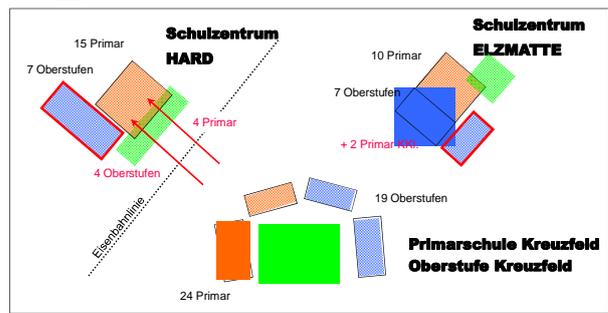
## Szenario A: Entflechtung



15

Basler & Hofmann

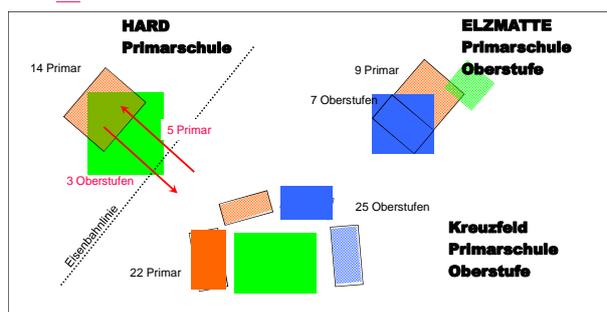
## Szenario B: Arrondierung



16

Basler & Hofmann

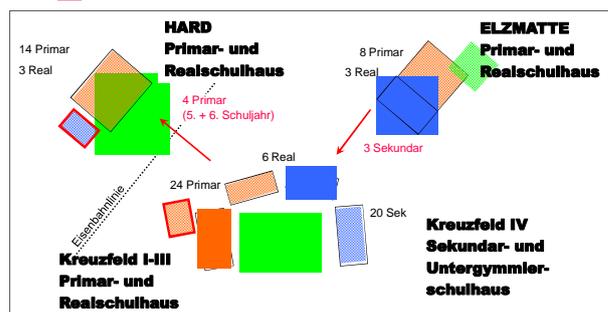
## Szenario C: Pragmatismus



17

Basler & Hofmann

## Szenario D: Zusatzszenario



18

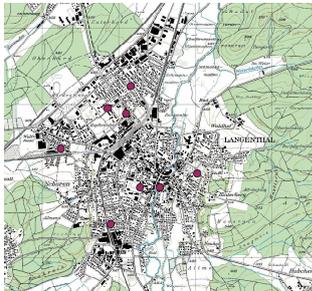
Basler & Hofmann



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

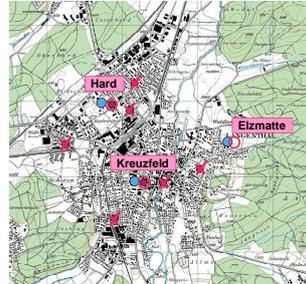
## Übersicht Kindergärten



19

Basler & Hofmann

## Szenario E: Konzentration



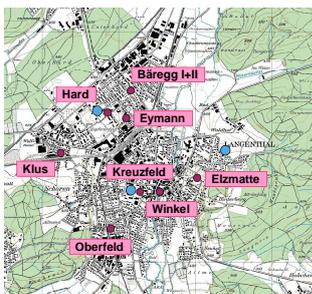
20

Basler & Hofmann

– nicht weiterbetriebene Kindergartenanlagen:

- KG Bäregg I+II
- KG Eymann
- KG Klus
- KG Winkel
- KG Geissberg
- KG Oberfeld

## Szenario F: Dezentralisation

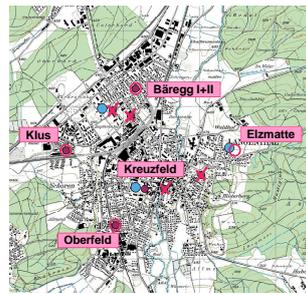


21

Basler & Hofmann

– es wird an allen bestehenden Standorten festgehalten

## Szenario G: Mischformen



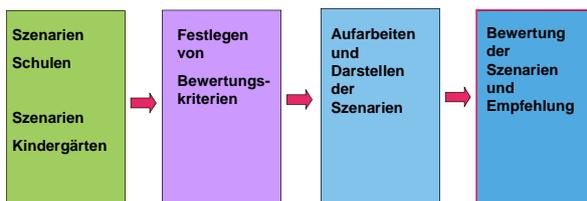
22

Basler & Hofmann

– Kriterien für die Wahl der Standorte:

- Standorte mit Doppelkindergartenstrukturen
- Standorte mit gutem Weiterentwicklungspotential
- Standorte mit guten Resultaten bei der pädagogisch-funktionalen Raumanalyse
- kurze Schulwegdistanzen
- Nähe zur Schule

## Nutzwert - Analyse



23

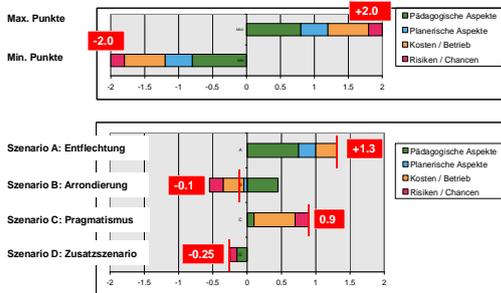
Basler & Hofmann



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

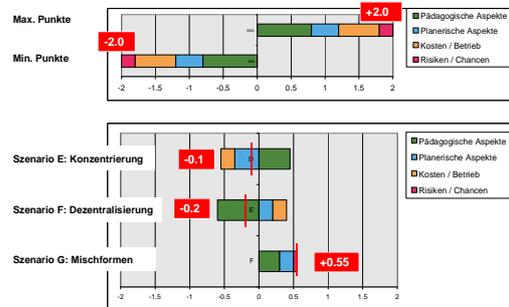
## Schulen: Gesamtbewertung



24

Basler & Hofmann

## Kindergärten: Gesamtbewertung



25

Basler & Hofmann

## Sythesekonzepte: Übersicht

		Kindergärten		
		Szenario E Konzentration	Szenario F Dezentralisation	Szenario G Mischformen
Schulen		-0.10	-0.20	0.55
Szenario A Entflechtung	1.30	0.60	0.55	0.93
Szenario B Arrondierung	-0.10	-0.10	0.23	0.23
Szenario C Pragmatismus	0.90	0.40	0.35	0.73
Szenario D Zusatzszenario	-0.25	-0.18	-0.23	0.15

26

Basler & Hofmann



27

Basler & Hofmann

## Empfehlung - Schulen

Das Szenario Entflechtung (A), welches die gesamte Oberstufe auf dem Kreuzfeld zusammenfasst, wird gegenüber den anderen drei Szenarien (Arrondierung, Pragmatismus, Zusatzszenario) bezüglich den Bewertungsschwerpunkten "Pädagogik", "Planung", "Kosten/Betrieb" und "Risiken/Chancen" deutlich am besten bewertet. Basler & Hofmann empfiehlt dieses Szenario weiter zu verfolgen und in einem räumlichen Entwicklungs-Leitbild festzuhalten.

28

Basler & Hofmann

## Empfehlung - Kindergärten

Das Szenario Mischformen (G) sieht die Aufhebung bzw. die Erweiterung der Einzelstandorte vor sowie den Erhalt bzw. Ausbau der wertvollen Kindergarten-Standorte. Die Kindergärten sollen so mittelfristig betrieblich an die Basisstufen-Qualität herangeführt werden, ohne diese direkt umzusetzen. Die Nähe zur Schule wird dabei als Kontakt-Pflege und nicht streng geografisch verstanden, so dass die Schulwege für die Kindergartenkinder weiterhin kurz bleiben können und Standorte mit ausgezeichnetem Refugium-Charakter nicht aufgehoben werden müssen.

29

Basler & Hofmann



## Weiteres Vorgehen

- Eine politische Weichenstellung ist dringend nötig. Erst wenn diese politische Weichenstellung erfolgt ist, können folgende Themen fokussiert und koordiniert angegangen werden.
- Umsetzung der Tagesstrukturen auf Anfang August 2010
- Einfluss auf anstehende Sanierungen der Gebäude Kreuzfeld 1 & 4 prüfen
- Einbezug der umliegenden Gemeinden
- Diskussion um Schulmodelle
- Diskussion und Wahl von Schulleitungsmodellen

## Weiteres Vorgehen mit Basler & Hofmann

- Phase 1: Räumliches Entwicklungsleitbild und Bedarfsermittlung
  - Erstellen eines Räumlichen Entwicklungs-Leitbild
  - Prüfung und Einbezug kurzfristiger Massnahmen
  - Erstellen eines Raumprogrammes pro Standort

30

Basler & Hofmann

31

Basler & Hofmann

- Phase 2: Machbarkeitsstudien und Realisierungsstrategie
  - Machbarkeitsstudie pro Schulanlage
  - Schätzung der Investitions- und Betriebskosten
  - Realisierungsstrategie (Bausteine)
  - Ausarbeitung erster Baustein

Besten Dank!

32

Basler & Hofmann

33

Basler & Hofmann

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** dankt Herrn Cédric Perrenoud der Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG, für die interessanten und fundierten Ausführungen und Darstellungen.

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 9. Mitteilungen des Gemeinderates

### 9.1 Methodische Anpassungen an die Investitionsplanung

**Stadtpäsident Thomas Rufener:** Jedes Parlamentsmitglied habe vor sich eine Musterseite mit fiktiven Projekten aus dem Investitionsplan 2011 - 2015 auf dem Tisch liegen.

Investitionsplan der Stadt Langenthal

2011 - 2015

Beträge in TFr., zum Teil Schätzungen

Projekt / Anlagen	Projektkosten	Einschätzung	Verp- kredit	2008		2009		kum. Ist per 31.12.09	2010		Planjahre					Subtotal 2011 - 2015	Rest Folge- jahre	Gesamt- Total
				Ist	Plan	Ist	Plan		ursp. Plan	Rev. Plan	Voranschlag	2011	2012	2013	2014			
<b>1. Verschiedenes</b>																		
1.01. PROJEKT A		1	1'000	500	500	250	250	750	250	250	-	-	-	-	-	0	0	0
<i>bewertete Bruttoinvestition</i>																		
<i>Subventionsbeitrag, Einnahmen</i>											0	0	0	0	0			
<i>Nettoinvestitionen</i>																		
1.02. PROJEKT B		1	2'000			400	500	400	500	600	500	500	-	-	-	1'000		1'000
<i>bewertete Bruttoinvestition</i>											500	500				1'000		
<i>Subventionsbeitrag, Einnahmen</i>											500	500				0		
<i>Nettoinvestitionen</i>																1'000		
1.03. PROJEKT C		1	*						100	100	100	100	-	-	-	200		200
<i>bewertete Bruttoinvestition</i>											100	100				200		
<i>Subventionsbeitrag, Einnahmen</i>																0		
<i>Nettoinvestitionen</i>											100	100				200		
1.04. PROJEKT D		2									-	1'000	1'000	1'000	-	3'000		3'000
<i>bewertete Bruttoinvestition</i>												750	750	750		2'250		
<i>Subventionsbeitrag, Einnahmen</i>																0		
<i>Nettoinvestitionen</i>												750	750	750		2'250		
1.05. PROJEKT E		3									-	-	-	1'000	1'000	2'000	1'000	3'000
<i>bewertete Bruttoinvestition</i>																1'000		
<i>Subventionsbeitrag, Einnahmen</i>																0		
<i>Nettoinvestitionen</i>																1'000		
<b>Gesamttotal Projekte</b>			3'000	500	500	650	750	1'150	850	950	600	1'600	1'000	2'000	1'000	6'200	1'000	7'200
<i>bewertete Bruttoinvestition</i>			0	0	0	0	0	0	0	0	600	1'350	750	1'250	500	4'450		
<i>Subventionsbeitrag, Einnahmen</i>			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
<i>Nettoinvestitionen</i>			0	0	0	0	0	0	0	0	600	1'350	750	1'250	500	4'450		

\* Ist noch zu beschliessen

Eine Diskussion über den Überarbeitungsbedarf sei unter Anderem im letzten Herbst auch in der Finanzkommission im Zusammenhang mit der Präzisierung der Investitionsplanung geführt worden. Der Gemeinderat habe sich diesem Thema angenommen und habe in verschiedenen Richtungen nach Lösungen gesucht. In erster Linie habe er auf dem Markt nach erhältlichen Modulen gesucht, die mit der heute bestehenden Software adaptierbar wären. Da er aber nicht fündig geworden sei, habe er sich darauf konzentriert, das bestehende städtische Investitionsplan-System in zweierlei Hinsicht zu verfeinern:

#### 1. Schätzung der zu tätigen/planenden Abschreibungen im nächsten Voranschlag

Bis anhin sei es so gewesen, dass die im Voranschlag eingestellten Abschreibungen auf dem letzten Vorjahr des Finanzplans basiert haben. Bekanntermassen sei es in der Abfolge einzelner Geschäfte nicht immer so, dass das vor einem Jahr Geplante immer 1:1 eintrete. Das könne beispielsweise auf Verzögerungen im Bewilligungsverfahren oder auf andere Gründe, wie eine nicht im Umfang der Planung umgesetzte Investition, zurückgeführt werden.

Der Gemeinderat habe mit der vorliegenden Methode die Darstellung verfeinert, indem bei der Erstellung des zur Zeit in Arbeit befindlichen Investitionsplans gleichzeitig eine Überarbeitung mit sogenannten definierten revidierten Planzahlen vorgenommen werde. Das heisse, dass die grau hinterlegte Kolonne "Rev. Plan" neu Auskunft über die Kosten aus heutiger Optik zeige.



## 2. Künftige Jahre

Bis anhin sei es so gewesen, dass das Voranschlagsjahr plus vier Planjahre der Zukunft angesprochen worden seien. Dabei seien über alle fünf Jahre Werte eingesetzt worden. Auch im fünften Jahr sei man davon ausgegangen, dass 100% umgesetzt werden würden. Diese Werte seien dann in die Finanzplanung übertragen worden. Die Praxis - auch in anderen Städten - zeige, dass dies aber nicht der Fall sei.

Der Gemeinderat habe deshalb nach einer Methodik gesucht, die dieser Problematik gerecht werden könne. Die nun gewählte Methodik beinhalte die neue Kolonne "*Einschätzung*" mit den Ziffern 1 für 100%, 2 für 75% oder 3 für 50%. Die Einschätzung sei jetzt nicht quasi als politische Meinung zu verstehen, sondern damit werde effektiv die Machbarkeit angesprochen, die auch im Zusammenhang mit der nächsten Kolonne "*Verpf-kredit*" stehe und Auskunft darüber geben, ob beispielsweise ein Verpflichtungskredit bereits gesprochen sei, oder nicht.

Für die als D und E bezeichneten Projekte bestehe weder ein vorbereiteter Bericht und Antrag, noch ein Projekt oder ein beschlossener Kredit. Die Einschätzung für das Projekt D werde für die Planjahre 2012 - 2015 mit der Ziffer **2** dargestellt: **750** (weil 1 Mio. = 100%, **750 = 75%**). Diese Reduktion bzw. der Wert von 75% finde nun auch im Finanzplan Anwendung. Mit dieser Methodik könne auf die unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten der Geschäfte reagiert werden. Mit diesem methodischen Vorgehen ergebe sich am Schluss, wenn alle Einzelprojekte zusammengetragen seien, ein methodischer Mittelwert. Der Gemeinderat sei zur Zeit daran, die ersten Erfahrungen mit diesem neuen Modell zu sammeln.

In Bezug auf die Lesbarkeit und zur besseren Orientierung sei die Darstellung noch mit den Kolonnen "Ist Plan" für zwei abgelaufene Jahre (2008 + 2009) ergänzt worden. Damit sei der Verlauf eines Geschäftes über mehrere Jahre ablesbar. Für die beiden vorerwähnten Hauptaussagen hätten diese jedoch keine Bedeutung.

Die Neuerungen zusammengefasst:

- Das effektive Jahr, das dem Voranschlag vorstehe, werde mit den neusten Werten adaptiert, die bei der Erstellung der Planung bekannt seien.
- Neu werde eine Einschätzung - ausgehend vom Faktor 100%, 75% oder 50% - der Auswirkung der Investitionsplanung auf die der Finanzplanung vorgenommen.

## 9.2 Revisionsbedarf des Organisations- und Gebührenreglementes der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) vom 18. September 2006, in Kraft seit 1. Januar 2007

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Allseits bekannt sei, dass die Industriellen Betriebe per 1. Januar 2007 in eine eigenständige Organisation ausgegliedert worden seien. Damals sei auch das entsprechende Organisations- und Gebührenreglement überarbeitet und an die neue Voraussetzung angepasst worden. Seit der Ausgliederung der IBL hätten sich verschiedene Verhältnisse - insbesondere im Bereich des Elektrizitätsmarkts - verändert. Zur Bemessung der Gebühren sei das so genannte "Unbundling" eingeführt worden, was zu einer anderen Gebührenstruktur geführt habe. In diesem Zusammenhang habe der Gemeinderat festgestellt, dass gewisse Artikel im Organisations- und Gebührenreglement der übergeordneten Gesetzgebung nicht mehr entspreche. Im Weiteren habe die in den ersten drei Jahren gesammelten Erfahrungen im Gemeinderat auch dazu geführt, dass dieser in der Wahrnehmung seiner Aufsichtspflicht, den Bedarf und somit Anlass zur Revision des Organisations- und Gebührenreglements erkannt bzw. erhalten habe. Auch habe zur Kenntnis genommen werden können, dass im Zusammenhang mit den neuen Gebührenberechnungen auch eine Marktöffnung der "ersten Stufe" stattgefunden habe.



Bezugnehmend auf Fragen zur Organisation und zur Gestaltung einer allfälligen Revision, habe sich der Gemeinderat mit den Verantwortlichen der IBL auseinandergesetzt, woraus sich folgende Schlussforderung ergeben:

Eine Revision des Organisations- und Gebührenreglements sei grundsätzlich angezeigt - insbesondere auch im Hinblick auf die im Jahr 2014 zu erwartende Markttöffnung der "zweiten Stufe". Dabei würden weitere grundlegende und generelle Änderungen der übergeordneten Gesetzgebung massgebend werden. Aus dieser Überlegung heraus, sei der Gemeinderat in Einklang mit den Verantwortlichen der IBL zur Ansicht gelangt, nicht einzelne Artikel im Sinne einer "Minirevision" zu ändern, sondern den Revisionsprozess in einer grundlegenden und generellen Revision zu gestalten. Dem Gemeinderat sei wichtig, dass darin unter Anderem die Eigentümerstrategie thematisiert werde.

Wie bereits erwähnt, erachte der Gemeinderat eine kurzfristige und punktuelle Anpassung nicht als zweckmässig. Dementsprechend gehe es wie folgt weiter:

- Der Projektinhalt, die Projektziele, die Projektorganisation und der Terminplan würden im Moment vom Gemeinderat in Zusammenarbeit mit den IBL erarbeitet, womit der Revisionsprozess eingeleitet sei. In zeitlicher Hinsicht gehe die Vorstellung dahin, sich mit einem Zeitbedarf von zwei bis drei Jahren auseinandersetzen zu müssen. Es handle sich dabei also weder um einen Schnellschuss, noch um eine Minirevision.

### 9.3 Information zur Pensionskasse (Überprüfung der Rechtsform)

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Betreffend das zweite noch offene "*Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Überprüfung der heutigen Rechtsform der städtischen Pensionskasse*" (erheblich erklärt am 22. Oktober 2007), liege ein Prüfbericht der PK-Expert AG vor, den sich der Gemeinderat am 17. März 2010 von Herrn Peter Düggeli habe vorstellen lassen.

Fazit: Die Form einer öffentlich-rechtlichen PK-Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit werde - vor dem Hintergrund der laufenden BVG-Revision - künftig nicht mehr möglich sein. Man werde eine Stiftung oder eine öffentlich-rechtliche Einrichtung mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit machen müssen, wie dies beispielsweise die heutigen Industriellen Betriebe Langenthal seien.

Die Leitung der Pensionskasse sei darum vom Gemeinderat beauftragt worden, eine Projektorganisation auszuarbeiten und vorzulegen, die sich diesem Thema annehme.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 10. Parlamentarische Fragestunde

### ■ Fragen von Stadträtin Luzia Bossert (GL) betreffend Tempo30 in Wohnquartieren:

*Tempo 30 Abstimmung 2007 abgelehnt, aber ...*

*der hohe Stimmenanteil der BefürworterInnen zeigt, dass das Anliegen vor allem in den Wohnquartieren für die Erhöhung der Lebensqualität als dringend wahrgenommen wird.*

*Deshalb:*

- a) *Wie sieht der aktuelle Stand der Abklärungen betreffend Einführung von Tempo 30 in Quartieren der Stadt aus?*
- b) *Was wurde nach der Abstimmung schon umgesetzt und welches sind die nächsten Vorhaben diesbezüglich?*
- c) *Wie sieht der Zeitplan für die nächsten geplanten Umsetzungsschritte aus?*
- d) *Plant man zur sicheren Gestaltung der Schulwege auch Tempo 30 Zonen rund um Schulhäuser und Kindergärten in der Stadt??*

### ■ Antworten von Gemeinderat Rolf Baer, zu den Fragen a) - d) von Stadträtin Luzia Bossard (GL):

- a) Nach der Abstimmung sei das Verkehrssicherheitskonzept von Grund aus überarbeitet worden. Die Umsetzung der Tempo 30-Zonen (wo dies als sinnvoll/zweckmässig und eben nicht flächendeckend beurteilt werde) sei dem Gemeinderat in Form eines Zwischenberichts Ende 2009 unterbreitet worden.
- b) Mit der jetzt vorgesehenen Basiserschliessung der Jurastrasse (Marktgasse bis zur Einmündung Aarwangenstrasse) werde eine Begegnungszone umgesetzt. Weiter werde im Bereich der Schulanlagen im Kreuzfeld (Hinweis HPS) eine Tempo-30-Zone errichtet. Das entsprechende notwendige Gutachten sei durch das Stadtbauamt bei der Metron in Auftrag gegeben worden. Bei den Schulanlagen Elzmatte im Perimeter Bettenhölzliweg, Elzweg und Waldhofstrasse sei ebenfalls eine Tempo-30-Zone vorgesehen. Demnächst werde über einen Antrag für einen Projektierungskredit im Gemeinderat beraten.

Im nächsten Schritt seien folgende Strassenzüge für eine Tempo-30-Zone vorgesehen: Weissensteinstrasse – Oberhardstrasse, Eisenbahnstrasse – Feldstrasse – Haldenstrasse, Geissbergweg – Schützenstrasse – Friedhofweg, Gabismattstrasse. Für die Bahnhofstrasse, den Rumiweg, die Almengasse und für den Greppenweg seien weitere verkehrsberuhigende Massnahmen (nicht Tempo-30-Zonen) vorgesehen.

- c) Gemäss Auskunft des Amtes für öffentliche Sicherheit (AföS) sei es schwierig, einen Zeitplan zu bestimmen. Die weitere Umsetzung, nach dem Kreuzfeldgebiet und in der Elzmatte hänge von der zeitgerechten Umsetzung der Bauarbeiten in den angesprochenen Quartieren ab. Die Einführung von Tempo-30-Zonen und anderen verkehrsberuhigenden Massnahmen soll ja mit den diversen Bauarbeiten koordiniert werden.
- d) Der Gemeinderat habe im Februar 2010 unter Anderem. beschlossen, bei der Umsetzung der Tempo-30 Zonen die Schulwege, die Gebiete rund um die Schulzentren und die Alterszentren zu priorisieren (bereits in b erwähnt).



■ **Frage von Stadtrat Urs Zurlinden (FDP) betreffend das Ansetzen und Absetzen von Sitzungen des Stadtrates bzw. das Erstellen der Traktandenlisten:**

*Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, das Ansetzen und Absetzen von Sitzungen des Stadtrates, bzw. das Erstellen der Traktandenliste gehöre in die Kompetenz der Stadtratspräsidentin/des Stadtratspräsidenten - selbstverständlich in Rücksprache mit dem Gemeinderat?*

*Gemäss Art 2 Abs.1 der Geschäftsordnung werden die Sitzungen des Stadtrates von der Stadtratspräsidentin bzw. vom Stadtratspräsidenten einberufen. Der Umkehrschluss ist zulässig, dass die Kompetenz zum Streichen einer terminierten Sitzung eindeutig beim Präsidium des Stadtrates liegt. Sie/er entscheidet, ob die anstehenden Geschäfte eine Sitzung erfordern, bzw. eben nicht. Der im gleichen Absatz erwähnte Hinweis "ferner auf Beschluss des Gemeinderates" hat nur die Bedeutung, dass "ferner" der Gemeinderat die Möglichkeit hat, per Beschluss eine Sitzung zu verlangen, nicht aber von sich aus zu streichen.*

■ **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener, zur Frage von Stadtrat Urs Zurlinden (FDP):**

Die Regelungen zur Einberufung und zur Erstellung der Traktandenliste finden sich in Art. 2 Abs. 1 (Einberufung) und Art. 2 Abs. 2 (Erstellung der Traktandenliste) der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981.

Auf der Basis dieser Bestimmungen würden sich betreffend die Einberufung und Erstellung der Traktandenliste folgende Ablaufmöglichkeiten ergeben:

Der Sekretär des Stadtrates erstellt zu Händen des Gemeinderates einen Entwurf einer Traktandenliste für die nächste Sitzung (die Termine sind vom Stadtrat jeweils für ein Jahr definiert). Dieser Entwurf basiere auf der Geschäftskontrolle des Stadt- und Gemeinderats und werde vom Gemeinderat beraten. Danach würden sich zwei Möglichkeiten ergeben

a) es liegen beschlussesreife Geschäfte vor:

Der Entwurf der Traktandenliste werde der Stadtratspräsidentin bzw. dem Stadtratspräsidenten zu gestellt, mit der Bitte um Durchsicht und Mitteilung ihres bzw. seines Einverständnisses, allenfalls mit Ergänzungen (parlamentarische Fragestunde etc.) oder Abänderungswünschen.

Meinungsdifferenzen, welche in der Praxis sehr selten seien und er persönlich noch nie erlebt habe, würden zwischen der Stadtratspräsidentin bzw. dem Stadtratspräsidenten und dem Stadtpräsidenten bereinigt.

Daraufhin erstelle das Stadtratssekretariat die definitive Traktandenliste und verschicke diese, welche gleichzeitig als Einladung zur Sitzung gelte, mit den Unterlagen im Namen des Stadtratspräsidenten an die Mitglieder des Stadtrates.

b) es liegen keine beschlussesreifen Geschäfte vor:

Das Sekretariat des Stadtrates teile dies nach der gemeinderätlichen Beratung des Entwurfs der Traktandenliste der Stadtratspräsidentin bzw. dem Stadtratspräsidenten mit, verbunden mit dem Hinweis, dass aus der Sicht des Gemeinderates für den nächsten reservierten Termin keine Sitzung des Stadtrates notwendig sei.

Wenn die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident diese Meinung teile, sage das Sekretariat des Stadtrates die Sitzung ab.

Wenn die gemeinderätliche Meinung nicht geteilt würde, fände ein Gespräch zwischen der Stadtratspräsidentin bzw. dem Stadtratspräsidenten und dem Stadtpräsidenten statt. Je nach dem erfolge danach eine Sitzungseinladung mit einer Traktandenliste oder eine Absage seitens des Stadtratssekretariates.



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

Fazit: Die Sitzungen des Stadtrates würden auf Grund der Regelungen in Art. 2 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates und der darauf basierenden Abläufe nicht vom Gemeinderat, sondern von der Stadtratspräsidentin bzw. dem Stadtratspräsidenten abgesagt. Auch die Absage zur Sitzung vom 29. März 2010 sei nach diesem Muster erfolgt. Am Schluss habe Christoph Kuert als amtierender Stadtratspräsident entsprechend entschieden.

■ **Frage von Stadtrat Kurt Wyss (FDP) betreffend die weitere Verwendung der Markthalle:**

*Inwieweit hat der Gemeinderat seit dem Bericht von 2006 (Antwort vom 18. September 2006 auf die Interpellation Christen Roland (SVP) vom 26. Juni 2006 betreffend Zukunft des alten Werkhofes, der Markthalle und des dazugehörigen Areals) Überlegungen zur weiteren Verwendung der Markthalle angestellt?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener, zur Frage von Stadtrat Kurt Wyss (FDP):**

Bekanntermassen laufe zur Zeit ein Vernehmlassungsverfahren zum "Mühleareal". Der Gemeinderat habe für das ganze Markthallenareal konzeptionell den gleichen Ansatz gewählt. Im Stadtbauamt werde ein Konzept erarbeitet, das die Grundlage für ein ähnliches Vorgehen biete. Der Gemeinderat werde dies letztendlich aber noch beschliessen müssen. Davon ausgehend, dass die Behörden (GPK, Gemeinderat etc.) im nächsten halben Jahr damit konfrontiert werden, könne eine Präsentation des Entwicklungskonzepts "Markthallenareal" im Stadtrat voraussichtlich Ende dieses Jahres erfolgen.

■ **Fragen von Stadtrat Samuel Köhli (SP) betreffend den Unterbruch Ferienpass der Stadt Langenthal 2010:**

*Der vielseitige und von vielen Langenthalern Kindern gern benutzte Ferienpass in den Sommerferien wird dieses Jahr nicht durchgeführt, angeblich mangels Interesse! Dies obwohl sich im letzten Jahr rund 270 Schüler an den Kursen angemeldet haben. Viele Nachbargemeinden von Langenthal können den ständig wachsenden Schüleransturm auf die Ferienpasskurse kaum bewältigen! Der Unterbruch des Ferienpasses straft die Daheimgebliebenen. Und dies ausgerechnet während den Sommerferien. Kein Vereinstraining, keine Musikstunde, keine Schule, viele "Gspähndli" in die Ferien verweist. Eine schwierige Voraussetzung, ein abwechslungsreiches Ferienprogramm zu gestalten.*

a) *Ist im Sommer 2010 ein Ersatzprogramm für den abgesagten Ferienpass vorgesehen?*

b) *Ist die Wiederaufnahme des Ferienpasses 2011 geplant?*

c) *Wurden die Eltern der Schüler informiert, dass der Ferienpass nicht durchgeführt wird?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener, zu den Fragen a) - c) von Stadtrat Samuel Köhli (SP):**

Obwohl die Fragen den Stadtrat nicht betreffen, nehme er trotzdem gerne Stellung dazu.

a) Das vom Verein Ferienpass Langenthal eingeführte Angebot, habe sich in den letzten Jahren gut etabliert. Nun habe dieser Verein aber entschieden - aus Gründen, die dem Gemeinderat letztendlich nicht alle bekannt seien - dieses Jahr keinen Ferienpass anzubieten. Eine Möglichkeit wäre, dem Verein zu Seite zu stehen und ihn zu unterstützen. Der Gemeinderat habe aber kein Gefäss, woraus er quasi ein Ersatzprogramm zaubern könne. Zudem erachte er es auch nicht als seine Aufgabe.

b) Die Kommunikation des Vereins Ferienpass Langenthal deute darauf hin. Auf der Homepage stehe: *"Wir sind 2011 wieder für dich da!"*<sup>1</sup>

<sup>1</sup> <http://www.ferienpass-langenthal.ch/>



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

c) Via Presse sei im Frühling relativ eingehend über das Thema informiert worden. Wie bereits erwähnt, sei auch auf der Homepage des Vereins ein entsprechender Hinweis aufgeschaltet. Von der Homepage der Stadt Langenthal<sup>1</sup> bestehe ein Link zur Homepage des Vereins. Er werde sich in Bezug auf den Präzisionsbedarf der bestehenden Meldung mit dem Verein absprechen.

■ **Frage von Stadträtin Helena Morgenthaler (SVP) betreffend das Abfallkonzept für das bernisch-kantonale Jodlerfest vom 18. - 20. Juni 2010 in Langenthal:**

*Über das Wochenende vom 18.–20. Juni 2010 findet in Langenthal das Bernisch-Kantonale Jodlerfest statt. Tausende von Aktiven und Festbesuchern werden dann in unserer Stadt zu Gast sein, wahrscheinlich ein Fest in einer Dimension, wie es Langenthal noch kaum erlebt hat.*

*In jüngster Zeit habe ich als Festbesucherin in Aarau und Luzern nebenbei ein Augenmerk auf die Abfallentsorgung gelegt. Mir sind dabei die einheitlich und auffällig markierten Grossbehältnisse aufgefallen. Diesbezüglich habe ich eine Frage:*

*Deshalb:*

*Wurde für diesen Anlass ein spezielles Abfall-Konzept vorgesehen?*

*Die beiden genannten Städte fielen übrigens vor Ort und in den Medien auch durch ihre Sauberkeit auf.*

■ **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener, zur Frage von Stadträtin Helena Morgenthaler (SVP):**

In seiner Eigenschaft als OK-Präsident des bernisch-kantonales Jodlerfestes in Langenthal verweise er auf das für den Anlass ausgearbeitete Organisationsreglement. In Art. 30 seien die Aufgaben des Baukomitees definiert. Unter Anderem stehe dort die Bestimmung, dass das Baukomitee die Kehrichtabfuhr organisiere. Das OK habe letztes Jahr einen Anlass in Gstaad besucht und dort die Firma Dräsa<sup>2</sup> kennengelernt. Das OK habe sich zur Zusammenarbeit mit dieser Firma entschieden, die sich speziell für die Abfallsentsorgung an Grossevents anbiete.

■ **Fragen von Stadtrat Stefan Ryser (SP) betreffend das Anschaffung des Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal-Bahnhof):**

*Ich habe eine Fragen zur "Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal - Bahnhof)" Diese wurde vom Stadtrat am 15. Dezember 2008 erheblich erklärt.*

*a) Aufwann ist die Umsetzung der Motion geplant?*

*b) Wann können wir mit dem Aufzug rechnen?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener, zu den Fragen a) + b) von Stadtrat Stefan Ryser (SP):**

Der Gemeinderat sei sich der vorgeschriebenen Reaktionszeit gemäss Geschäftsordnung des Stadtrates (Art. 36 Abs. 5) bewusst, worin er angehalten sei, dem Stadtrat innerhalb von zwei Jahren seit der Erheblicherklärung Bericht zu erstatten oder Antrag zu stellen.

<sup>1</sup> <http://www.langenthal.ch/de/bildung/ferienpass/>

<sup>2</sup> [http://www.draeksak.ch/d/event/event\\_home.htm](http://www.draeksak.ch/d/event/event_home.htm)



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

- a) + b) Bekanntermassen sei ein Planungsprozess "ESP Bahnhof" durchgeführt worden. Dabei habe man sich eingehend mit dem Areal befasst und insbesondere auch mit der Durchlässigkeit (Bereich Langenthal Süd/Nord und der Bahnlinie etc.). In diesem Zusammenhang habe der Gemeinderat darauf verzichtet, sehr schnell auf die Realisation der anberaumten und überwiesenen Motion aktiv zu werden. Das Thema sei jedoch lanciert und entsprechend im Stadtbauamt in Bearbeitung. Nach wie vor werde eine zweckdienliche Lösung evaluiert, mit welcher hinsichtlich der Investitionen weitere Schritte nicht behindert werden.

Zur Zeit könne man sich provisorische Lösungen vorstellen. In diesem Zusammenhang seien Sachen in Arbeit. Wie diese aussehen könnten und wie der Terminplan zu deren Umsetzung aussehen werde, stehe aber noch nicht fest. Der Gemeinderat werde jedoch - innerhalb der vorgeschriebenen zweijährigen Bearbeitungsfrist - über den Projektierungskredit zu befinden haben, woraus hervorgehen werde, wie der Form des motionierten Ansinnens (die Überwindung der Treppe) Rechnung getragen werde. In diesem Sinne könnte allenfalls auch eine Realisierung für das nächste Jahr vorgesehen werden.

■ **Anschlussfrage von Stadtrat Stefan Ryser (SP):**

*Wie sieht der Zeithorizont der Umsetzung in Jahren ausgedrückt aus? Handelt es sich dabei um 1 Jahr, um 5 Jahre oder um 10 Jahre?*

■ **Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener** auf die Anschlussfrage:

In Anbetracht der Beurteilung - ohne dass der Gemeinderat bis anhin zur Terminplanung habe Stellung beziehen könne - gehe er davon aus, dass die Umsetzung nicht erst in 5 oder 10 Jahren erfolgen werde.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 11 A. Eingereichte Motion Zurlinden Urs und Lüthi Beatrice (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Richtlinienmotion - für konstruktives Mitdenken

Motionstext:

### **"Richtlinienmotion - für konstruktives Mitdenken**

*Der Gemeinderat wird ersucht, eine Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates zu unterbreiten. Dabei ist Art. 34 Abs. 2 zu streichen und durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: «Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.»*

Begründung:

*Die Kompetenzen des Stadtrates als höchstes politisches Gremium sind ausserordentlich eng begrenzt. Nach bisheriger Praxis kann der Stadtrat abschliessend nur über Änderungen von rechtlichen Grundlagen (Gesetze, Reglemente etc.) befinden, bzw. über Geschäfte mit einem Kreditvolumen von über 150'000.00 Franken.*

*Durch diese eng begrenzte Aufgabenzuteilung wird den Parlamentariern de facto und de jure die Möglichkeit genommen, konstruktiv in die Entwicklung des Gemeinwesens einzugreifen und allenfalls zu konkreten Problemlösungen beizutragen. Entsprechend häufen sich die parlamentarischen Vorstösse, welche als ungültig zurück gewiesen werden.*

*Im Gegensatz zu Gemeinden ohne Parlament verfügt Langenthal mit dem Stadtrat über ein demokratisch gut abgestütztes Gremium, dem sehr wohl mehr Kompetenzen zuzutrauen sind. Dabei soll es nicht darum gehen, dem Gemeinderat irgendwelche Vorgaben bis hin zu einzelnen Personalentscheiden aufzuzwingen. Sondern es geht um das zielorientierte Festlegen von Richtlinien des politischen Handelns. Ist der Gemeinderat mit einem entsprechenden Beschluss des Stadtrates nicht einverstanden, kann er nach wie vor nicht zu einem bestimmten Handeln gezwungen werden. Allerdings muss er seine Haltung vor dem Stadtrat begründen.*

*Die Richtlinienmotion ist kein revolutionäres Instrument. Der Kanton und die Stadt Bern, aus deren Gemeindeordnung der oben zitierte Wortlaut stammt, machen damit sehr gute Erfahrungen. Auch der Bund kennt diverse Regelungen, welche den National- und Ständerat deutlich mehr Mitsprache und Mitbestimmung einräumen.*

*Die in Art. 39a der Geschäftsordnung aufgeführte «Parlamentarische Erklärung» erfüllt einen anderen Zweck als die Richtlinienmotion. Zudem ist dafür ein vorgängiger Beschluss einer ständigen Kommission oder einer Fraktion nötig.*

*In einer Eingabe vom 24. August 2008 an das Büro des Stadtrates hat Ratskollegin Nadine Masshardt bereits eine Richtlinienmotion gefordert. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass der damals ablehnende Entscheid des Stadtrates voreilig war. Die Richtlinienmotion bewährt sich als modernes Instrument der parlamentarischen Arbeit, welches die Möglichkeit zur verbesserten Mitsprache eröffnet."*

*Urs Zurlinden, Beatrice Lüthi und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**11 B. Eingereichtes Postulat Lüthi Beatrice (FDP) und Freudiger Patrick (SVP) vom 10. Mai 2010: "Begegnungszone" Jurastrasse, Theatersträsschen, untere Marktgasse (Prüfung der Unterbreitung des Geschäftes an den Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung)**

Postulatstext:

*"Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, das Projekt/die Vorlage «Begegnungszone» (Jurastrasse, Theatersträsschen, untere Marktgasse) dem Stadtrat zur Diskussion und Beschlussfassung zu unterbreiten.*

*Begründung:*

*Eine Begegnungszone mitten in Langenthal geht uns alle etwas an. Eine solche gewichtige Umgestaltung des Verkehrsregimes erfordert eine breite und breit abgestützte Diskussion. Nur damit könnte eine Akzeptanz erreicht werden. Es ist zu erwarten, dass die baulichen etc. Massnahmen Kosten bedingen, die in die Kompetenz des Stadtrates fallen könnten. Es ist zu vermeiden, dass der Gemeinderat Beschlüsse von weitreichender und präjudizieller Bedeutung fasst, ohne die Legislative einzubeziehen."*

*Beatrice Lüthi und Patrick Freudiger*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**11 C. Eingereichtes Postulat Güler-Kaya Aysel (SP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Gesunde Mütter - gesunde Kinder (Prüfung von Massnahmen zur Gesundheitsförderung, insbesondere von Kindern und Mütter [Stillen])**

Postulatstext:

*"Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zur Gesundheitsförderung (insbesondere das Stillen der Kinder) zu prüfen und vorzuschlagen. Die Gesundheitsförderung von Kindern und Müttern soll in Langenthal ab sofort durch gezielte präventive Massnahmen und Informationen angeboten werden.*

Begründung:

*Muttermilch ist die am besten geeignete und preiswerteste Nahrung für Säuglinge in den ersten Monaten. Fachleute empfehlen, den Säugling in den ersten sechs Lebensmonaten ausschliesslich zu stillen. Stillen fördert die Beziehung zwischen Mutter und Kind: Das Kind erlebt Wärme, Behaglichkeit und Geborgenheit. Dazu hat Muttermilch eine besondere Zusammensetzung, welche für die körperliche und seelische Entwicklung des Babys wichtig ist und einen einzigartigen Schutz gegen Infektionen und Allergien bietet.*

*Gestillte Babys haben weniger Atemwegserkrankungen, weniger Ohrenentzündungen, ein geringeres Risiko für Allergien, Krebserkrankungen (das Risiko an Krebs vor dem Erreichen des 15. Lebensjahres zu erkranken, vermindert sich um die Hälfte bei Kinder, die mindestens 6 Monate voll gestillt wurden [David MK. Lancet, 1983]), Diabetes im Kindsalter, Meningitis (bakterielle Hirnhautentzündung) sowie Übergewicht. Stillkinder haben als Erwachsene gesündere Herzen und niedrigere Cholesterinwerte (Studien von amerikanischen Medizineren am St. George Krankenhaus in Tooting GB).*

*Gestillte Babys sind im späteren Leben weniger anfällig für Diabetes, Herzerkrankungen, Ekzeme, Asthma und andere allergische Erkrankungen. Stillen fördert die Entwicklung des Gehirns. Untersuchungen zeigen, dass es eine bessere Entwicklung des Sehens und der Sehschärfe bei gestillten Kindern gibt. Gestillte Kinder haben später weniger soziale Probleme, Schlafstörungen etc. Nichtgestillte Kinder werden dreimal so häufig Opfer des plötzlichen Kindstodes als gestillte Kinder (Mitchell et al, 1991).*

*Je länger Kinder gestillt werden, desto seltener treten Zahnfehlstellungen auf (Labbok MH et al, 1987). Kinder, die über einen längeren Zeitraum voll gestillt wurden, erreichten bei Intelligenztests eine höhere Punktzahl (Rogan WJ et al, 1993; Lucas et al, 1993).*

*Stillen nimmt Einfluss auf die psychische und soziale Entwicklung des Kindes - dadurch entstehen stärkere Persönlichkeiten, das senkt die Kosten für Suchtbekämpfung. Stillen unterstützt die Fähigkeit soziale Kontakte aufbauen zu können, das wiederum unterstützt das Zusammenleben der Gesellschaft.*

*Stillen beugt Erkrankungen von Mutter und Kind vor, das wiederum senkt die Kosten im Gesundheitswesen"*

*Aysel Güler-Kaya und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulat erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**11 D. Eingereichtes Postulat Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Sanierung der Markthalle Langenthal (Prüfung von Renovationsmassnahmen für die sanitären und elektrischen sowie für die Küchenanlagen, zur Befriedigung der heutigen Betriebsbedürfnisse)**

Postulatstext:

**"Zur Sanierung der Markthalle Langenthal (Art. 35 Geschäftsordnung des Stadtrates**

*Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, in welcher Form die sanitären und elektrischen Vorrichtungen der Markthalle für die heutigen Betriebsbedürfnisse renoviert werden können.*

*Begründung:*

*Im Bericht des Gemeinderates vom 18. September 2006 auf eine Interpellation von Roland Christen steht: «Das heutige Markthallenareal bildet eine wertvolle Basis für viele, die Stadt wiederum befruchtende Aktionen und Veranstaltungen. Mittel- und langfristige politisch-strategische Überlegungen zu den Liegenschaften wie Markthalle (erhaltenswert) und Reithalle sind nötig.»*

*Die Markthalle ist eine für die Stadt wichtige Einrichtung in welcher zahlreiche Anlässe stattfinden. Diese Räumlichkeiten stellen somit auch eine Visitenkarte unsere Stadt dar.*

*Auch mit den heutigen Nutzungsbedürfnissen können sanitäre und elektrische Einrichtungen den Mietern bzw. Besuchern der Markthalle nicht länger zugemutet werden.*

*Der Gewerbeverein, als Veranstalter der jährlich stattfindenden Herbstmesse «Glatte Märit» wendet nebst der Hallenmiete (ca. Fr. 7'000.00) jährlich zusätzlich Fr. 6'500.00 auf für elektrische Installationen und WC-Wagen. Zudem sind auch die Kucheneinrichtungen nicht mehr brauchbar."*

*Kurt Wyss und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**11 E. Eingereichtes Postulat Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften (Immobilien und/oder Betrieb))**

Postulatstext:

**"Altersheim Haslibrunnen**

*Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, welche Rechtsform und welche Trägerschaft für das Altersheim Haslibrunnen geeignet sind. Dabei sind die Vor- und Nachteile einer öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaft (Immobilien und/oder Betrieb) aufzuzeigen.*

*Begründung:*

*Im Umfeld des gemeindeeigenen Altersheims Haslibrunnen sind in absehbarer Zukunft diverse Erweiterungsprojekte geplant. Dabei geht es einerseits um den Kauf zusätzlicher Immobilien in unmittelbarer Nachbarschaft, andererseits um bauliche Erweiterungen des Altersheims selber und drittens um eine enge Zusammenarbeit mit einem von Dritten finanzierten neuen Alterszentrum.*

*Diese Bestrebungen sind zu begrüßen, ist doch der zusätzliche Wohnbedarf für ältere Menschen in Langenthal ausgewiesen und seitens des Kantons bestätigt.*

*Die diversen Projekte werden Investitionen in Millionenhöhe erfordern. Bevor diese vom zuständigen Organ gesprochen werden, sind die Rechtsform und die Trägerschaft des zu erweiternden Alterszentrums Haslibrunnen zu klären. Gemäss Auskunft des Leiters des zuständigen kantonalen Alters- und Behindertenamtes (ALBA) sind diverse Varianten möglich (vgl. FDP-«Altersgipfel» vom 8.3.2010).*

*Die geplanten Investitionen übersteigen die Finanzkompetenzen des Gemeinderates und allenfalls auch des Stadtrates. Um die Projekte nicht unnötig zu verzögern, ist frühzeitig eine politische Klärung der offenen Fragen im Zusammenhang mit der Trägerschaft und möglicher Investoren anzustreben. Dadurch können präjudizierende Entscheide vermieden werden.*

*Nach bisherigem Stand der Informationen werden die diversen Erweiterungsprojekte unabhängig voneinander initiiert. Eine konsise Regelung für alle Bestandteile der erweiterten Planung für das Alterszentrum Haslibrunnen drängt sich aber auf. So lassen sich Überschneidungen, Doppelspurigkeiten, Reibungsverluste und Widersprüche vermeiden.*

*Denkbar wäre beispielsweise eine Variante mit dem Immobilienbesitz in privaten Händen, wobei der Betrieb mit einem Leistungsauftrag weiterhin von der öffentlichen Hand geführt werden könnte. Aber auch der Betrieb eines Alterszentrums lässt sich über einen Leistungsauftrag an eine private Institution delegieren. Entsprechende Beispiele funktionieren erfolgreich in der Schweiz."*

*Urs Zurlinden, Rudolf Lanz und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 11 F. Eingereichte Interpellation Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010 betreffend die "Erotikmesse AMOR"

Interpellationstext:

### **"Erotikmesse AMOR"**

*In der Mitteilung des Gemeinderates vom 15. März 2010 wurden sowohl Medien als auch die Mitglieder des Stadtrates darüber informiert, dass der Gemeinderat die Nutzung der Markthalle (und anderer im Eigentum der Stadt Langenthal stehenden Gebäude und Anlagen) für die Durchführung einer Erotikfachausstellung verbietet. In dieser Mitteilung wird aufgeführt, dass der Gemeinderat «aus nahe liegenden Gründen» nicht bereit sei, Veranstaltungen der geplanten Art in städtischen Liegenschaften oder Anlagen stattfinden zu lassen.*

*In der Mitteilung wird informiert, dass der Regierungsstatthalter Oberaargau die gastgewerbliche Einzelbewilligung mit Alkoholausschank sowie die Zusatzbewilligung für Striptease und ähnliche Veranstaltungen für die Erotikausstellung in der Markthalle in Langenthal zu genau definierten Zeiten vom 16. April bis 18. April 2010 unter anderem basierend auf einem Mietvertrag zwischen der Stadt Langenthal und der Gesuchstellerschaft erteilt hat.*

*Ausser dieser Mitteilung haben die Stadträtinnen und Stadträte keine offizielle Stellungnahme der Behörden erhalten.*

*Weil in diesem Zusammenhang doch grundlegende Rechtsgüter, wie Rechtssicherheit, Vertrauen in die Behörden, Verlass auf einmal erteilte Bewilligungen, allfällige zivilrechtliche Schadenersatzansprüche an die Gemeinde sowie Aspekte der Führung innerhalb der Verwaltung und moralische Belange zu Diskussion stehen, bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Welches war der chronologische Ablauf des Bewilligungsverfahrens von der Einreichung des Gesuches bis zu dessen Verbot durch den Gemeinderat?*
- 2. Hat der Gemeinderat das Verbot an einer ordentlichen Gemeinderatssitzung beschlossen, oder diesen Entscheid in einer ad hoc einberufenen Telefonkonferenz gefällt?*
- 3. Welche Amtsstellen haben in diesem Verfahren mitgewirkt?*
- 4. Haben diese Amtsstellen interne Weisungen des Gemeinderates missachtet, haben sie willkürlich gehandelt oder gegen Treu und Glauben verstossen?*
- 5. Gestützt auf welche konkreten Rechtsgrundlagen hat der Gemeinderat die erteilten Bewilligungen, bzw. den rechtsgültig abgeschlossenen Mietvertrag widerrufen?*
- 6. Sind diese Gründe nach Ansicht des Gemeinderates höher zu werten als Rechtssicherheit, Verlass in erteilte behördliche Bewilligungen, Vertrauen in die Behörden?*
- 7. Was meint der Gemeinderat mit «aus nahe liegenden Gründen»? Handelt es sich hierbei um rein moralische Aspekte oder um anderes mehr?*
- 8. Welche moralischen Begriffe und Inhalte waren ausschlaggebend und wie verhält es sich dabei mit dem Umstand, dass die IBL, ein stadteigenes Unternehmen, den Verkauf von Abonnements für TV-Erotiksender anbietet? Wurden hier bewusst ähnliche Sachverhalte mit unterschiedlichen Ellen gemessen?*
- 9. Ist mit irgendwelchen Schadenersatzansprüchen der Gesuchsteller zu rechnen und hat sich der Gemeinderat bei seinem Entscheid dieser Frage überhaupt angenommen?*
- 10. Welche Massnahmen hat der Gemeinderat getroffen, damit künftig ähnliche Vorfälle im behördlichen Bewilligungsverfahren unterbleiben?"*

Rudolf Lanz und Mitunterzeichnende



# Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung vom Montag, 10. Mai 2010

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**11 G. Eingereichte Interpellation Fiechter Fritz und Köhli Samuel (beide SP) vom 10. Mai 2010 betreffend die Ungleichbehandlung von Vereinen in Bezug auf Gebühren**

Interpellationstext:

***"Ungleichbehandlung von Vereinen betreffend Gebühren***

*Gemäss Pressebericht vom 30. April 2010 im Langenthaler-Tagblatt wird dem Tennisclub kein Baurechtszins erhoben, sondern eine jährliche Entschädigung für die private Nutzung verlangt. Diese Abmachung führt zu Ungleichbehandlungen der Vereine.*

*In diesem Zusammenhang bitten die Interpellanten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:*

- *Mit welchen Vereinen wurden betreffend Benutzungsgebühren von öffentlichen Anlagen bereits oder künftig Sondervereinbarungen abgeschlossen?*
- *Sind die jetzigen Gebühren betreffend der Nutzung der Sportstätten, welche in allen Hallen, Stadion, Badeanstalt usw. gelten gegenüber den ortsansässigen Vereinen noch haltbar, wenn der Tennisclub mit einem äusserst günstigen oder keinem Baurechtszins rechnen kann?*
- *Wie weit ist die Überarbeitung des bestehenden Gebührenreglements vorangeschritten?"*

*Fritz Fiechter und Samuel Köhli*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 12. In eigener Sache

### ■ 3 Veranstaltungshinweise

#### Stadratspräsident Christoph Kuert:

- Vom 11. bis am 13. Juni 2010 finde das grosse Jubiläumsfest mit einem interessanten Programm zum 100-jährigen Bestehen des Kinderheims Schoren statt<sup>1</sup>.
- Vom 18. bis am 20. Juni 2010 finde das 46. kantonal-bernerische Jodlerfest in Langenthal statt<sup>2</sup>. Obwohl mit tausenden von Gästen zu rechnen sei, sollten die Langenthaler Stadt- und Gemeinderäte trotzdem genug Platz finden.
- Am Mittwoch, 9. Juni 2010, um 17.15 Uhr werde Professor Marco Mumenthaler<sup>3</sup> (ein Langenthaler, der zwar nicht in Langenthal wohne, im Fachgebiet der Neurologie Weltgeltung habe und bis zu seiner Pensionierung am Inselspital tätig gewesen sei), im Hörsaal des Spital Langenthal einen Vortrag zum Thema Neurologie halten, zu dem alle Interessierten herzlich willkommen seien.

### ■ Rücktritt von Stadtrat Erich Burri aus dem Stadtrat per 30. Juni 2010

**Stadratspräsident Christoph Kuert:** Seit dem 5. Mai 2010 liege das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Erich Burri per 30. Juni 2010 als Mitglied des Stadtrates vor. Persönlich nehme er diesen Rücktritt mit Bedauern zur Kenntnis. An der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2010 werde er darauf zurückkommen.

Erich Burri  
Ringstr. 29a  
4900 Langenthal  
Tel. 062 923 57 40

An den  
Präsidenten des Stadtrates  
Herrn Dr. Christoph Kuert  
Postfach

4901 Langenthal

Langenthal, 4. Mai 2010

#### *Demission als Stadtrat per 30. Juni 2010*

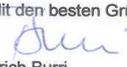
Sehr geehrter Herr Stadratspräsident

Ich habe mich entschlossen, mein Mandat als Stadtrat per 1. Juli 2010 zur Verfügung zu stellen.

Meine beiden Ämter als Mitglied des Wahlausschusses und als Mitglied der Arbeitsgruppe Mobilität würde ich beibehalten, sofern dem nichts entgegen steht.

Für das mir stets entgegengebrachte Vertrauen danke ich bestens. Ich wünsche Ihnen, den Mitgliedern des Stadtrates und des Gemeinderates und allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die Zukunft alles Gute.

Mit den besten Grüßen

  
Erich Burri

<sup>1</sup> [http://www.kinderheim-schoren.ch/veranstaltungen/text\\_veranst1.html](http://www.kinderheim-schoren.ch/veranstaltungen/text_veranst1.html)

<sup>2</sup> <http://www.jodlerfest-2010.ch/>

<sup>3</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Marco\\_Mumenthaler](http://de.wikipedia.org/wiki/Marco_Mumenthaler)